

Inhaltsverzeichnis

1. Deutscher Industrie- und Handelskammertag	
2. Lobbyisten in Ministerien	
3. Mittelstands- und Wirtschaftsunion	
4. Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen	
5. Institut Finanzen und Steuern	

Deutsche Industrie- und Handelskammer

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Jetzt spenden!

Die **Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)**, frühere Bezeichnung: Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK), ist die Dachorganisation der deutschen Industrie- und Handelskammern (IHKs). Zuständigkeit, Organisation und Mitgliedschaft sind im [Gesetz zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern](#), zuletzt geändert am 7. August 2021 (IHK-Gesetz) festgelegt. Danach hat die DIHK die Aufgabe, das Gesamtinteresse der den Industrie- und Handelskammern zugehörigen Gewerbetreibenden in der Bundesrepublik Deutschland auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene wahrzunehmen und für die Förderung der gewerblichen Wirtschaft zu wirken (§ 10 a). Die DIHK ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Berlin (§ 10 b). Die Industrie- und Handelskammern bilden die Vollversammlung der DIHK (§ 10 c). Nicht zu den Aufgaben der IHK gehören insbesondere die Aufgabenbereiche der Tarifpartner sowie die arbeitsgerichtliche Vertretung von Unternehmen (§ 1 Abs. 5).

Lobbyisten in Ministerien



- [Überblick A-Z](#)
- [Problembeschreibung](#)

Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)



Deutscher Industrie- und Handelskammertag

Rechtsform Körperschaft des öffentlichen Rechts (früher: eingetragener Verein)

Tätigkeit Interessenvertretung der den Industrie- und Handelskammern zugehörigen Gewerbetreibenden

Gründungsdatum 1945

Hauptsitz Berlin

Lobbybüro Vertretung der Deutschen Industrie- und Handelskammer

EU bei der Europäischen Union, 19 A-D, Avenue des Arts, B-1000 Bruxelles

Webadresse dihk.de

Inhaltsverzeichnis

1 Ziel und Aufgaben	3
2 Urteile des Bundesverwaltungsgerichts zum DIHK und Novellierung des IHK-Gesetzes	3
3 Lobbyaktivitäten	4
4 Verbindungen	4
4.1 Mittelstands- und Wirtschaftsunion	4
4.2 Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen	4
4.3 Institut Finanzen und Steuern	4
4.4 Sonstige Mitgliedschaften	4
5 Fallbeispiele und Kritik	5
5.1 2020-22: Lobbyarbeit gegen das Lieferkettengesetz	5

5.2 2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer	6
5.3 2008: Lobbyisten in Ministerien	6
6 Struktur, Personen und Mitglieder	6
6.1 Präsidium	6
6.2 Geschäftsführung	6
6.3 Vollversammlung/Mitglieder	6
6.4 Mitarbeiter	6
7 Finanzen	7
8 Außenhandelskammern (AHK)	7
9 Tochtergesellschaften und Beteiligungen	7
10 Transparenz	7
11 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	7
12 Einzelnachweise	7

Ziel und Aufgaben

Ziel des DIHK ist es, als Netzwerk aus IHKS vor Ort und DIHK in Berlin und Brüssel die Anliegen der gewerblichen Wirtschaft auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu bündeln.^[1] Sie hat die Kernaufgabe, die Interessen der Unternehmen in wirtschaftlichen Fragen zu vertreten, nicht aber ein allgemeinpolitisches Mandat. Sie versteht sich als das bindende Glied zwischen den 79 regionalen IHKS, die zugleich ihre Mitglieder sind. Darüber hinaus koordiniert und fördert sie das Netzwerk der deutschen Auslandshandelskammern (AHK), Delegiertenbüros und Repräsentanzen der deutschen Wirtschaft als Instrument der Außenwirtschaftsförderung der Bundesrepublik Deutschland.

Urteile des Bundesverwaltungsgerichts zum DIHK und Novellierung des IHK-Gesetzes

Nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) vom 23. März 2016 gehört es zu den wesentlichen Aufgaben der Kammern, das Gesamtinteresse der ihr angehörenden Gewerbetreibenden ihres Bezirks wahrzunehmen, namentlich die Behörden durch Vorschläge, Gutachten und Berichte zu unterstützen und zu beraten; die Wahrnehmung sozialpolitischer und arbeitsrechtlicher Interessen sei jedoch ausdrücklich ausgenommen.^[2] Der DIHK habe sich seinerseits innerhalb des von den Kammern gesetzlich gezogenen Kompetenzrahmens zu bewegen. Äußere der DIHK sich demgegenüber auch zu allgemeinpolitischen oder zu sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Themen, so dürfe keine Kammer dies dulden. Dasselbe gelte, wenn der DIHK die Interessen der Kammern einseitig oder unvollständig repräsentiere, namentlich beachtliche Minderheitspositionen übergehe, oder wenn die Art und Weise seiner Äußerungen den Charakter sachlicher Politikberatung verlasse und die Gebote der Sachlichkeit und Objektivität missachte.

Das Bundesverwaltungsgericht hat in diesem Grundsatzurteil der Lobbyarbeit eines der wichtigsten Wirtschaftsverbände in Deutschland Grenzen gesetzt.^[3] Als Beispiele für unzulässige Aussagen nannte das Bundesverwaltungsgericht kritische Äußerungen zum Mindestlohn, zur Mütterrente oder zum außenpolitischen Auftreten der Kanzlerin.

Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung stellte das Obergerverwaltungsgericht Münster im April 2019 fest, dass beim DIHK ein Mangel an Einsicht in vergangene Aufgabenüberschreitungen festzustellen sei.^[4] Außerdem würden die rechtlichen Vorgaben in erheblichem Umfang missachtet. Eine Wiederholungsgefahr bestehe jedoch nicht. Gegen die Nichtzulassung einer Revision gegen das festgestellte Fehlen einer

Wiederholungsgefahr legte der Kläger eine Nichtzulassungsbeschwerde beim Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) ein und bekam recht. Das BVerwG, das sich daraufhin erneut mit dem Fall befasst hat, entschied 2020, dass das Mitglied einer Industrie- und Handelskammer den Austritt seiner Kammer aus dem Dachverband DIHK verlangen kann, wenn dieser mehrfach und nicht nur in atypischen Ausreißerfällen die gesetzlichen Kompetenzgrenzen der Kammern überschritten hat und keine hinreichenden Vorkehrungen bestehen, um die Wiederholung von Kompetenzverstößen zuverlässig zu verhindern.^[5]

Als Reaktion auf die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts ist das IHK-Gesetz 2021 novelliert worden. In seinem Jahresbericht 2021 kommentierte der DIHK die Novellierung wie folgt: „Zum Inhalt an dieser Stelle nur so viel: Das Gesetz stärkt die Interessenvertretung der gewerblichen deutschen Wirtschaft, und bedeutet für uns als DIHK eine Transformation – von e. V. zur „Deutschen Industrie- und Handelskammer“ als Körperschaft des öffentlichen Rechts. Außerdem wird die Koordinierungsrolle für das AHK-Netz gesetzlich verankert.“

Lobbyaktivitäten

Im [EU Transparenzregister](#) gibt die IHK an, (Stand: 17.01.2023) im Jahr 2021 2.750.000 bis 2.999.999 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und 17 Lobbyist:innen zu beschäftigen.

Verbindungen

Mittelstands- und Wirtschaftsunion

Ständiger Gast im Bundesvorstand der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) der CDU ist Achim Dercks, Stellv. Hauptgeschäftsführer der DIHK^[6]

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Der DIHK ist Mitglied der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#). Diese bringt Wirtschaftsverbände, Unternehmen und einzelne Personen mit Abgeordneten - insbesondere Mitglieder von Bundestagsausschüssen - zusammen und ermöglicht damit die informelle Einflussnahme auf die Gesetzgebung.

Institut Finanzen und Steuern

Das [Institut Finanzen und Steuern](#) ist auf Initiative der DIHK gegründet worden.^[7] Rainer Kambeck, Bereichsleiter "Wirtschafts- und Finanzpolitik, Mittelstand" bei der DIHK, ist Vorstandsmitglied des [Institut Finanzen und Steuern](#).^[8]

Sonstige Mitgliedschaften

Die DIHK ist weiterhin Mitglied in den folgenden Organisationen: [Europäische Industrie- und Handelskammern](#), [International Chamber of Commerce](#), [Europäische Bewegung Deutschland](#)

Fallbeispiele und Kritik

2020-22: Lobbyarbeit gegen das Lieferkettengesetz

Bundesebene:

Der DIHK bemühte sich durch Lobbyarbeit darum, ein weitreichendes Lieferkettengesetz auf deutscher und europäischer Ebene zu verhindern. Lieferkettengesetze sollen Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards. Wie der Bericht „Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten“ der zivilgesellschaftlichen Organisationen Misereor, Brot für die Welt und dem Global Policy Forum zeigt, hatte die DIHK „massiven Einfluss“ auf den deutschen Gesetzgebungsprozess ausgeübt. ^[9]

Das deutsche Lieferkettengesetz sollte es Betroffenen ursprünglich ermöglichen, vor deutschen Zivilgerichten Schadensersatz einzufordern, wenn Unternehmen durch Verstöße gegen ihre Sorgfaltspflichten Schäden mitverursachen. Der DIHK versuchte u.a. diesen Kerngehalt des Lieferkettengesetzes zu verwässern. Die kritische Haltung des Verbandes lässt sich u.a. einer öffentlichen Stellungnahme vom September 2020 entnehmen: In denen fordert der DIHK eine Abschwächung geplanter Sorgfaltspflichten im Gesetz insbesondere mit Blick auf die zivilrechtliche Haftung und den Anwendungsbereich der Risikoanalyse ^[10]. Derartige Forderungen kritisierten zivilgesellschaftliche Akteure als „irreführend“. ^[11] So konstatierte Johanna Kusch von der Initiative Lieferkettengesetz, dass Unternehmen mit ihrer Argumentation den Eindruck erweckten „dass man [sie] für Vorgänge verantwortlich machen will, auf die sie keinerlei Einfluss haben“. Das sei nach Auffassung der Initiative falsch: „Sie sollen lediglich ihre eigenen Sorgfaltspflichten einhalten – und das ist zweifelsfrei möglich.“ Ein Lieferkettengesetz ohne Haftung sei „wirkungslos“. ^[11]

Ihren Positionen konnte der Verband Gehör in höchsten Regierungskreisen beschaffen: bei einem Gespräch mit der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel (11. Januar 2021) ^[9] oder einem Telefonat mit dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (12.02.2021) - beide zum Lieferkettendossier. ^[12] Laut einem weiteren Bericht von Misereor und dem Global Policy Forum erhielten Gesprächsanfragen zivilgesellschaftlicher Initiativen hingegen zumeist Absagen oder wurden nur auf niedrigeren Arbeitsebenen bearbeitet. ^[13]

Europäische Ebene :

Auch als die Europäische Kommission einen Entwurf zu einem europäischen Lieferkettengesetz vorlegte, gab es Kritik von dem DIHK. Erneut forderten die Mitgliedsunternehmen den Abbau von Bürokratie und das Streichen der zivilrechtlichen Haftung. Auch die umstrittenen "Safe-Harbour" Klauseln waren Teil des DIHK Forderungskatalogs. ^[14] Interne Dokumente, die dem ZDF-Medium Monitor vorliegen, sollen zeigen, dass diese Forderungen nach Safe-Harbour Klauseln von der Scholz-Regierung gehört und auf EU Ebene vertreten wurden. Dabei geht es um Haftungserleichterungen für die Unternehmen. Durch Gutachten von externen Prüfern könnten sie so ihre Produktionsprozesse als vermeintlich einwandfrei zertifizieren lassen. Diese Praxis würde es den Opfern deutlich erschweren den Unternehmen Fehlverhalten nachzuweisen (mehr zur Kritik an Safe-Harbour Klauseln findet sich [hier](#)). ^[15]

2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer

Die DIHK, zusammen mit weiteren führenden Wirtschaftsverbände Deutschlands, hat die europäischen Finanzminister in einer gemeinsamen Pressemitteilung aufgefordert, das Projekt zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer aufzugeben.^[16]

2008: Lobbyisten in Ministerien

Im Jahr 2008 war ein Mitarbeiter des DIHK im Wirtschaftsministerium.

Zeitraum	01.04.2008 – 30.04.2008 ^[17]
Mitarbeiter	Mitarbeiter/in in der Personalstelle
Bearbeitete Themen	Einsatz in der Außenwirtschaftsförderung (insbesondere Deutsche Außenhandelskammern, Bundesagentur für Außenwirtschaft), Standortwerbung, Einblick in Aufgaben und Arbeitsweise der Außenwirtschaftsabteilung

Struktur, Personen und Mitglieder

Präsidium

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Präsident ist Peter Adrian, Präsident der IHK Trier, Vorstand der TRIWO AG

Geschäftsführung

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Hauptgeschäftsführer ist Martin Wansleben. Leiterin der DIHK-Vertretung bei der EU ist Freya Lemcke. Laut Geschäftsbericht 2021 lag das Gehalt des Hauptgeschäftsführers im Jahr 2021 incl. variabler Leistungsprämie bei rd. 393 Tsd. Euro

Vollversammlung/Mitglieder

Mitglieder sind die 79 regionalen IHKS mit insgesamt etwa vier Millionen Mitgliedsunternehmen^[18]

Mitarbeiter

Insgesamt hatte der DIHK e. V. mit Stichtag 31. Dezember 2021 unmittelbare arbeitsvertragliche Verpflichtungen für 427 Beschäftigte, einschließlich der Delegationen und Repräsentanzen. Hiervon entfielen auf den DIHK e. V. in Berlin und Brüssel 230 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auf die Rechnungsprüfungsstelle in Düsseldorf 35 und auf die Wirtschaftsjunoren in Berlin fünf.^[19] Die 79 IHKS, die DIHK und das Netz der Außenhandelskammern (AHK) beschäftigen rund 11.000 Personen.^[20]

Finanzen

Die Umsatzerlöse der DIHK setzen sich 2021 aus den Grundbeiträgen und Umlagen der IHKs (rd. 49,7 Mio. EUR), aus Eigenerträgen und Bundeszuwendungen der Delegationen/Repräsentanzen (rd. 12,4 Mio. EUR), Fördermitteln für Projekte (rd. 1,7 Mio. EUR) und sonstigen Erlösen (rd. 1,8 Mio. EUR) zusammen. Im DIHK-Konzern kommen von den einbezogenen Unternehmen zusätzlich Umsatzerlöse in Höhe von rd. 50,5 Mio. EUR hinzu.^[21]

Außenhandelskammern (AHK)

Das Netzwerk der Deutschen Auslandshandelskammern (AHKs), bestehend aus bilateralen Auslandshandelskammern, Delegationen und Repräsentanzen der Deutschen Wirtschaft, berät, betreut und vertritt weltweit deutsche Unternehmen, die ihr Auslandsgeschäft auf- oder ausbauen wollen.^[22] AHKs sind Institutionen der deutschen Außenwirtschaftsförderung, die von der IHK koordiniert und weiterentwickelt werden. Sie werden vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz anteilig gefördert. Das Netzwerkes der AHKs hat ca. 46.000 Mitglieder und ist an 150 Standorten in 92 Ländern aktiv.^[23] Im Jahr 2021 erzielten die AHKs mit ihren Dienstleistungen einen weltweiten Umsatz von 115 Mio. Euro.

Tochtergesellschaften und Beteiligungen

Die DIHK ist Alleingesellschafterin der DIHK Service GmbH, Berlin (Gesellschaft zur Durchführung von Dienstleistungen und Projekten), der DIHK DEinternational GmbH, Berlin (Gesellschaft zur Durchführung von Dienstleistungen und Steuerung der inzwischen 16 DEinternational-Vertriebsgesellschaften der Delegationen /Repräsentanzen) und der DIHK-Gesellschaft für berufliche Bildung – Organisation zur Förderung der IHK-Weiterbildung gGmbH, Bonn. Außerdem ist die DIHK an weiteren Gesellschaften als Minderheitsgesellschafter beteiligt, v. a. an der IHK Gesellschaft für Informationsverarbeitung mbH, Dortmund, und an der sequa gGmbH, Bonn.^[24]

Transparenz

Die DIHK ist seit kurzem eine Körperschaft öffentlichen Rechts. Damit sind Tagesordnungen und Protokolle der Gremien der neuen Körperschaft öffentlich und stehen allen Interessierten zum Download zur Verfügung.^[25]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [DIHK - Wer wir sind](#), dihk.de, abgerufen am 18.04.2023
2. ↑ [Pressemitteilung Bundesverwaltungsgericht Nr.23/2016](#), bverwg.de, abgerufen am 23.04.2016
3. ↑ [Thomas Öchsner: Bundesrichter setzen Lobbyisten Grenzen](#), SZ.de vom 23.06.2016, sueddeutsche.de, abgerufen am 26.06.2016

4. ↑ [Richter rügen Lobbyisten](#), sueddeutsche.de vom 01.11.2019, abgerufen am 02.11.2019
5. ↑ [Pressemitteilung Bundesverwaltungsgericht Nr. 61/2020](#), bverg.de, abgerufen am 10.12.2022
6. ↑ [Bundesvorstand](#), mit-bund.de, abgerufen am 23.04.2023
7. ↑ [Neuer Glanz mit Traditon](#), JUVE Steuermarkt, Februar 2018, steuerrecht.uni-koeln.de, abgerufen am 22.04.2023
8. ↑ [Vorstand](#), ifst.de, abgerufen am 22.04.2023
9. ↑ ^{9,09,1} [Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten](#) misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
10. ↑ [Gemeinsame Pressemitteilung von BDI, BDA und DIHK anlässlich der Diskussion um ein nationales Lieferkettengesetz](#) bdi.eu vom 03.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
11. ↑ ^{11,011,1} [Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung – Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos](#) lieferkettengesetz.de vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
12. ↑ [Drucksache 19/28193](#) S. 52, dserver.bundestag.de vom 29.03.2021, abgerufen am 06.12.2022
13. ↑ [Armin Paasch & Karolin Seitz: Deutsche Wirtschaftslobby gegen wirksames EU-Lieferkettengesetz, Global Policy Forum & Miseroeor, February 2022](#). globalpolicy.org, abgerufen am 07.11.2022
14. ↑ [DIHK-Stellungnahme von Mai 2022](#), dihk.de, abgerufen am 06.12.2022
15. ↑ [EU-Lieferkettengesetz: Bundesregierung contra Menschenrechte?](#) wdr.de vom 27.10.2022, abgerufen am 23.11.2022
16. ↑ [Verbände: Finanztransaktionssteuer stoppen!](#) Pressemitteilung der DIHK vom 08.12.2015, abgerufen am 18.12.2015
17. ↑ [Bundesministerium des Innern: Erster Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung \(pdf\)](#), Berichtszeitraum 01. Januar 2008 – 31. August 2008, Stand 29.09.2008, letzter Zugriff 09.09.2011
18. ↑ [Einige Fakten rund um die DIHK](#), dihk.de, abgerufen am 20.04.2023
19. ↑ [Jahresbericht 2021](#), dihk.de, abgerufen am 20.04.2023
20. ↑ [Einige Fakten rund um die DIHK](#), dihk.de, abgerufen am 20.04.2023
21. ↑ [Jahresbericht 2021](#), dihk.de, abgerufen am 20.04.2023
22. ↑ [Die Deutschen Außenhandelskammern](#), ahk.de, abgerufen am 21.04.2023
23. ↑ [AHK Jahresbericht 2021](#), filehub.admiralcloud.com, abgerufen am 21.04.2023
24. ↑ [Jahresbericht 2021](#), dihk.de, abgerufen am 20.04.2023
25. ↑ [Tagesordnungen und Protokolle](#), dihk.de, abgerufen am 21.04.2023

Lobbyisten in Ministerien

Im Oktober 2006 wurde bekannt, dass in Bundes- und Landesministerien in großem Umfang MitarbeiterInnen von Unternehmen und Unternehmensverbänden arbeiten. Beahlt wurden sie weiter von ihren eigentlichen Arbeitgebern, zumeist große Unternehmen und Wirtschaftsverbände. In den Ministerien aber stricken sie an den Gesetzen mit, die eigentlich ihre Firmen regulieren sollen. Sie werden in die Verwaltungsabläufe eingebunden und bekommen Einblick in interne Prozesse. So erhalten sie einen bevorzugten Zugang zur Politik und können auf diesem Wege gewonnene Informationen zum Vorteil ihrer Unternehmen nutzbar machen.

Prüfungen durch den Bundesrechnungshof ergaben, dass die Lobbyisten an Gesetzen mitwirkten und sogar in Führungspositionen arbeiteten. Im Juli 2008 trat eine neue Verwaltungsvorschrift in Kraft, die den Einsatz dieser sogenannten "externen Mitarbeiter" deutlich einschränkt. Allerdings gibt es bis heute Schlupflöcher und Defizite bei der Umsetzung der neuen Regeln.

Inhaltsverzeichnis

1 Das Problem	9
2 Die Kritik	10
3 Die politische Debatte und die neue Verwaltungsvorschrift	10
4 Forderungen von LobbyControl	12
5 Offizielle Berichte über den Einsatz externer Personen 2008-2015	12
6 Übersicht: Lobbyisten in den einzelnen Ministerien	14
7 Übersicht: Lobbyisten in Ministerien nach Branchen	15
8 Übersicht: Bundesbeamte im Austausch	15
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	15
10 Einzelnachweise	15

Das Problem

Lobbyisten in Ministerien



- [Überblick A-Z](#)
- [Problembeschreibung](#)

Das Fernsehmagazin Monitor deckte im Oktober 2006 auf, dass in Ministerien MitarbeiterInnen von Unternehmen und Unternehmensverbänden arbeiten und in der Regel von diesen weiter bezahlt werden. Über 100 Fälle sind inzwischen bekannt und in der Lobbypedia aufgelistet. Laut einer Prüfung des Bundesrechnungshofes waren externe Mitarbeiter an der Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen beteiligt und nahmen zeitweilig sogar Führungsfunktionen wahr. Mehr als 60% von ihnen wurden dabei von ihrem Unternehmen oder Verband bezahlt. Sie wurden auch in Tätigkeitsfeldern eingesetzt, „die hinsichtlich ihrer politischen Bedeutung, ihres Zugangs zu internen Informationen oder ihrer Nähe zu den Interessenschwerpunkten der entsendenden Stelle eine herausgehobene Position hatten“.

Ein Teil der Fälle geht auf das Personalaustauschprogramm „Seitenwechsel“ der Bundesregierung zurück, ein Bestandteil des Regierungsprogramms „Moderner Staat – Moderne Verwaltung“. Dieses Regierungsprogramm wurde am 16. Juni 2004 verabschiedet. Erste Gespräche zu dem Austauschprogramm fanden im Frühjahr 2004 zwischen dem Bundesministerium des Innern und der Deutschen Bank statt. ^[1]

Ziel des Vorhabens sei ein langfristiger Wissenstransfer, um einen Mentalitätswechsel in der Bundesverwaltung zu erreichen, so die wohlklingende Begründung der Bundesregierung. Tatsächlich hat diese Praxis lange im Verborgenen stattgefunden und ist an vielen Stellen hoch problematisch und demokratieschädlich. Sie entpuppt sich als organisierte Verflechtung zwischen Bundesregierung, Unternehmen und (Wirtschafts)Verbänden.

→ zur Übersicht [Lobbyisten in den einzelnen Ministerien](#)

→ zur Übersicht [Lobbyisten in Ministerien nach Branche](#)

Die Kritik

Das erste offensichtliche Problem ist der Mangel an Transparenz. Erst durch intensive Recherche konnte Monitor ans Licht bringen, dass und in welchem Umfang externe Mitarbeiter in Ministerien tätig waren oder sind, während sie weiterhin von ihrem eigentlichen Arbeitgeber bezahlt werden. Fortgesetzte Nachforschungen von Monitor und anderen Medien brachten dann immer mehr Fälle zu Tage, deren Existenz die Bundesregierung nur zögerlich einräumte. Bis heute fehlen detaillierte Angaben darüber, welche Mitarbeiter aus welchen Unternehmen in der Vergangenheit zu welchen Themen tätig waren.

Doch Transparenz allein genügt nicht. Selbst wenn es eine vollständige Übersicht über externe Mitarbeiter in Ministerien gäbe, bliebe die Praxis demokratieschädlich.

Werden Ministeriums-Mitarbeiter von Unternehmen bezahlt, werden sie zu Dienern zweier Herren. Damit wird der Grundgedanke des Grundgesetzartikels 33 unterlaufen, der festschreibt, dass Staatsdiener in einem Treueverhältnis zu ihrem Dienstherrn stehen sollen. Auf diese Weise wird die absurde Situation geschaffen, dass Mitarbeiter von Unternehmen und Verbänden direkt oder indirekt an den Gesetzen mitwirken, die eigentlich ihre Unternehmen regulieren sollen. Da wird sprichwörtlich der Bock zum Gärtner gemacht.

Aber es geht nicht nur um die direkte Einflussnahme auf Regierungsprozesse. Durch den Einblick in interne Abläufe, Kenntnisse vertraulicher Themen und das Knüpfen persönlicher Kontakte entstehen den entsendenden Unternehmen Vorteile, die weit über die konkrete Tätigkeit im Ministerium hinaus reichen. In diesen Genuss können, das liegt in der Natur der Sache, nur wenige kommen. Das sind – das macht auch der Überblick in unserer Datenbank deutlich – in erster Linie große Unternehmen und Wirtschaftsverbände.

Die politische Debatte und die neue Verwaltungsvorschrift

Den Enthüllungen durch Monitor folgte eine Zeit der Aufregung im Bundestag. Die Fraktionen von FDP (13.11.06), Bündnis 90/Die Grünen (04.12.06) und DIE LINKE (23.05.07) stellten kleine Anfragen an die Bundesregierung.^{[2][3][4]} Die Antworten ließen jedoch viele Fragen offen. Sie listeten die in den Ministerien vertretenen Unternehmen und Verbände auf, aber ohne genau darzustellen, wie viele und welche MitarbeiterInnen sie in den Ministerien sitzen hatten und über welche Zeiträume. Auch die Aufgabenfelder wurden nur sehr grob und kaum aussagekräftig beschrieben. Wer also genau in den Bundesministerien saß, ob an Gesetzesvorhaben mitgearbeitet oder Einfluss auf Verwaltungsaufgaben ausgeübt wurde, blieb weitgehend unklar. Ebenso ist nicht sicher, ob die Antworten der Bundesregierung wirklich alle Fälle erfassten.

Die Bundesregierung selbst sah zunächst keinen Handlungsbedarf. Die Stellungnahmen der Bundesregierung verneinten die Mitwirkung von Teilnehmern des Austauschprogramms an Gesetzestexten. Die Austausch-Mitarbeiter seien lediglich in unteren Verwaltungsebenen tätig. Durch die „Einbindung in die hierarchischen Strukturen und der dadurch vorhandenen Kontrollmechanismen“, sei eine „Einflussnahme auf Entscheidungen [...] ausgeschlossen“.^[3]

→ *Übersicht über Stellungnahmen von Regierung, Parteien und Experten 2006/ 2007*

Mittlerweile ist klar, dass externe Mitarbeiter sehr wohl an Gesetzesentwürfen und Regulierungen mitgearbeitet haben. Die Monitor-Redakteure Kim Otto und Sascha Adamek beschreiben in ihrem im Februar 2008 erschienenen Buch „Der gekaufte Staat“ exemplarisch wie in Ministerien Einfluss auf die Gesetzgebung genommen wurde.^[5]

Im April 2008 legte der Bundesrechnungshof seinen lange erwarteten Bericht zu der Problematik vor. Er warnte darin vor „erhöhten Risiken von Interessenkonflikten“. Der Haushaltsausschuss des Bundestages forderte daraufhin die Bundesregierung auf, bis Ende Mai klare Regeln für externen Mitarbeiter zu entwickeln. „Einsätze in Bereichen mit dem Risiko von Interessenskonflikten“ müssten ausgeschlossen werden.

Im Juni 2008 beschloss die Bundesregierung eine [Verwaltungsrichtlinie für externe Mitarbeiter](#), die im Juli veröffentlicht wurde. Danach werden „externe Mitarbeiter“ seitdem von der Formulierung von Gesetzesentwürfen und anderer Rechtssetzungsakte, der Tätigkeit in Leitungs- und Kontrollbereichen sowie der Auftragsvergabe ausgeschlossen. In einem Bericht sollen die Ministerien halbjährlich jeweils zum 30.9. und 31.3. dem Haushaltsausschuss die Anzahl der externen Mitarbeiter und die sie entsendenden Stellen nennen. Zudem müssen sie den jeweiligen konkreten Einsatzbereich der Externen, die Dauer, die Form der Bezahlung sowie die vorherige Tätigkeit im entsendenden Unternehmen oder Verband berichten. Eine Veröffentlichung der Angaben über die Beschäftigung externer Mitarbeiter im Internet, wie es der Haushaltsausschuss des Bundestages angeregt hatte, erfolgt jedoch nicht. Die Öffentlichkeit bleibt somit offiziell von den Informationen ausgeschlossen. In der Praxis sind alle Berichte trotzdem bekannt geworden und in dieser Datenbank sind alle bekannten Fälle externer Mitarbeiter enthalten. Dennoch muss diese Transparenz-Verweigerung gegenüber der Öffentlichkeit beendet werden.

Die Verwaltungsvorschrift enthält zudem ein Schlupfloch: befristete Arbeitsverträge sind explizit aus dem Geltungsbereich der Richtlinie ausgenommen. Das bedeutet, dass Lobbyisten, die kurzfristig von den Behörden bezahlt werden, aber nach Ende ihrer Leihbeamten-Tätigkeit zu ihrem früheren Arbeitgeber zurückkehren, weiterhin an Gesetzen mitschreiben können. Die Regierung will auch an dem Austauschprogramm mit der Wirtschaft festhalten. Allerdings zeigen die Berichte, dass das Interesse der Unternehmen und Verbände deutlich zurückgegangen ist, seit sie nicht mehr direkt in den Bereichen eingesetzt werden können, die die Interessen der Unternehmen und Verbände berühren.

Am 7. April 2011 diskutierten die Abgeordneten im Bundestag einen [Antrag der SPD](#), die Verwaltungsvorschrift für externe Mitarbeiter zu verschärfen. Die SPD fordert, u.a. dass befristete Verträge mit erfasst werden, die Transparenzberichte des Innenministeriums im Internet zu veröffentlichen und in der Umsetzung die Obergrenze des Einsatzes externer Personen auf sechs Monate tatsächlich einzuhalten. Die Regierungsfractionen äußerten sich aber ablehnend, sodass der Antrag nicht angenommen wurde.^[6]

Die Große Koalition griff das Thema im [Koalitionsvertrag](#) vom 14. Dezember 2013 auf und versprach: "Wir erhöhen die Transparenz beim Einsatz externer Personen in der Verwaltung" (S. 106).

Am 3. April 2014 wurde im Haushaltsausschuss ein Beschluss gefällt, wonach externe Mitarbeiter nur noch im für den Wissenstransfer erforderlichen Umfang eingesetzt werden. Zugleich wurde die Bundesregierung aufgefordert zu prüfen, inwieweit Berichte über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung künftig der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können.^[7]

→ *Ausführliche Darstellung der Verwaltungsvorschrift und ihrer Lücken unter [Rechtliche Grundlage \(Lobbyisten in Ministerien\)](#)*

Am 2. April 2014 hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages eine Umstellung des Berichtszeitraumes auf einen jährlichen Berichtszeitraum beschlossen. Die Bundesregierung berichtet nun jährlich jeweils zum 30. September über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung. Außerdem werden die Berichte auf der Internetseite des Bundesministeriums für Inneres (BMI) veröffentlicht.

Forderungen von LobbyControl

1. Lobbyisten raus aus den Ministerien!

Die Beschäftigung externer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ministerien muss vollständig beendet werden. Die geltende Verwaltungsvorschrift ist ein großer Fortschritt, aber auch sie enthält Lücken und wird nicht konsequent umgesetzt. Am besten wäre es deshalb, externe Mitarbeiter ganz zu verbieten. Als Minimalvariante sollten zumindest befristete Verträge mit erfasst werden und die Regeln z.B. zur Begrenzung der Zeitdauer strikt umzusetzen.

2. Offenlegung aller Informationen!

Die Bundesregierung muss alle Informationen über die Mitarbeit von Lobbyisten in Ministerien lückenlos offenlegen. Dies gilt auch für die bisher unaufgeklärten Altfälle aus der Zeit vor der Verwaltungsvorschrift. Wann genau haben sie an welchen Themen gearbeitet? Haben sie an Gesetzen oder staatlichen Verordnungen mitgewirkt? Außerdem sollte der Bericht über externe Mitarbeiter der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

3. Transparente und demokratische Wege zu externem Sachverstand!

Externer Sachverstand soll stattdessen auf demokratischem Weg eingeholt werden, z.B. über Anhörungen oder andere Beteiligungsverfahren, die einen gleichberechtigten und offenen Zugang aller gesellschaftlicher Interessen ermöglichen. Der Austausch zwischen Regierung und Gesellschaft ist sinnvoll, aber er kann nicht durch die einseitige Entsendung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus Unternehmen und (Wirtschafts) Verbänden in die Ministerien erfolgen.

Offizielle Berichte über den Einsatz externer Personen 2008–2015

- **Vierzehnter Bericht (2. Halbjahr 2014 und 1. Halbjahr 2015):** Die Anzahl externer Personen in der Bundesverwaltung ist deutlich zurückgegangen. Für den Zeitraum Juli 2014 bis Juni 2015 wurden lediglich 40 Personen gemeldet. In neun Fällen handelt es sich um Personalaustausch. Bei den gemeldeten Fällen wird die Einsatzdauer von 24 Monaten nicht überschritten. Bei der Mehrheit der neuen Fälle liegt die Einsatzdauer bei einem bis 12 Monate, die Dauer von 6 Monaten überwiegt. Der Bericht kann auf der website des BMI heruntergeladen werden [\[1\]](#)

- **Dreizehnter Bericht (1. Halbjahr 2014):** Gegenüber dem vorangegangenen Zeitraum ist die Zahl externer Personen in der Bundesverwaltung leicht gestiegen. Während im zweiten Halbjahre 2013 39 externe Personen in Bundesministerien beschäftigt waren, stieg deren Zahl auf 42 im ersten Halbjahr 2014. Erneut sank die Zahl der von Wirtschaftsunternehmen entsandten Personen auf nun 7 Stellen. Die Überschreitung der Einsatzdauer von 6 Monaten scheint unterdessen zur Regel zu werden. Wir dokumentieren alle Fälle in einer [Überblickstabelle](#) (pdf)
- **Zwölfter Bericht (2. Halbjahr 2013):** Wie im Elften Bericht sind weiterhin 39 externe Personen in der Bundesverwaltung zu verzeichnen. Die im Vorbericht angestiegenen Wirtschaftsunternehmen bei den entsendenden Stellen sind im aktuellen Bericht leicht rückläufig (von zehn auf neun Fälle). Weiterhin überschreitet die Dauer des Einsatzes sehr häufig die angesetzten 6 Monate. Wir dokumentieren alle Fälle in einer [Überblickstabelle](#) (pdf)
- **Elfter Bericht (1. Halbjahr 2013):** Der Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung ist im Vergleich zum Vorjahr erheblich gesunken: Waren im neunten Bericht noch 62 und im zehnten Bericht 48 Fälle ausgewiesen, ist die Zahl der externen Personen im ersten Halbjahr 2013 auf 39 gesunken. Allerdings ist bei den entsendenden Stellen ein Anstieg der Wirtschaftsunternehmen von fünf auf zehn Fälle zu verzeichnen. Wir dokumentieren alle Fälle in einer [Überblickstabelle](#) (pdf)
- **Zehnter Bericht (2. Halbjahr 2012):** Die Anzahl externer Mitarbeiter geht weiter zurück auf 48 Personen, davon zehn neu Eingesetzte. Die Dauer des Einsatzes überschreitet weiterhin sehr häufig die angesetzten 6 Monate. Wir dokumentieren alle Fälle in einer [Überblickstabelle](#) (pdf)
- **Neunter Bericht (1. Halbjahr 2012):** Der neunte Bericht zeigt, dass die Zahl externer Mitarbeiter leicht rückläufig ist. Von ehemals 72, sind mittlerweile nur noch 62 externe Mitarbeiter in der Bundesverwaltung beschäftigt. Davon stammen 10 aus Wirtschaftsunternehmen oder Wirtschaftsverbänden. Der bereits am 1.10.2009 eingestellte Mitarbeiter des [Bundesverbands der Deutschen Industrie \(BDI\)](#) bleibt auch weiterhin bis zum 30.09.2013 im Auswärtigen Amt beschäftigt. Darüber hinaus stellte das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) einen neuen Mitarbeiter des [Vereins Deutscher Ingenieure e. V. \(VDI\)](#) ein. Dieser betreute bis zum 01. November 2012 den Nano-Truck des BMBF. Wir dokumentieren alle Fälle in einer [Überblickstabelle](#) (pdf)
- **Achter Bericht (2. Halbjahr 2011):** Der Bericht weist u.a. zwei Mitarbeiter des [Bundesverbands der Deutschen Industrie \(BDI\)](#) aus, die im Auswärtigen Amt und im Entwicklungsministerium eingesetzt werden. Der BDI-Mitarbeiter im Auswärtigen Amt soll sich mit folgenden Themen beschäftigen: "Investitionsgarantien, Organisation von Projekten der Außenwirtschaftsförderung und der strukturellen Verbesserung der Zusammenarbeit mit Wirtschaftsverbänden". Wir dokumentieren alle Fälle in einer [Überblickstabelle](#) (pdf)
- **Siebter Bericht (1. Halbjahr 2011):** Darin wird u.a. der Einsatz eines Referatsleiters des [Verbandes der Ersatzkassen \(vdek\)](#) dokumentiert: Er war bis Ende September im Gesundheitsministerium, wo er u. a. am Entwurf des Versorgungsgesetzes arbeitete. Insgesamt setzt sich der Trend fort, dass weniger "externe Mitarbeiter" aus Privatunternehmen, dafür aber mehr aus "bundesnahen" Einrichtungen kommen. Wir dokumentieren alle Fälle in einer [Übersichtsdatei](#) (pdf)
- Eine Übersicht über die **Berichte Vier bis Sechs** wurde bisher noch nicht angefertigt.

- Dritter Bericht (01.02.2009 - 30.06.2009):** Das Innenministerium hat dem Bundestag den dritten Bericht über „Externe Mitarbeiter“ vorgelegt. Der Bericht zeigt, dass in den Ministerien nur noch wenige Mitarbeiter von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden tätig sind. Der Bericht ist eigentlich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, sondern nur für die zuständigen Ausschüsse des Bundestages und erfasst zudem nur einen Teil der externen Mitarbeiter in der Bundesverwaltung: Mitarbeiter mit befristeten Verträgen, Werkverträgen oder Beratungsverträgen werden weiterhin nicht offen gelegt. Wiederum sind Unregelmäßigkeiten festzustellen: So meldete die Bundesregierung zwei Fälle des Robert-Koch-Institut nach, die bis ins Jahr 2006 zurückgehen. Zudem wird die Verwaltungsvorschrift für externe Mitarbeiter nicht konsequent umgesetzt. Der vorgesehene Zeitraum von 6 Monaten für Externe wird auch bei den neuen Fällen meist überschritten. Eine detaillierte Auswertung können Sie im [LobbyControl-Blog](#) nachlesen. Hier finden Sie alle Fälle in einer [Überblickstabelle](#) (pdf)
- Zweiter Bericht (01.09.2008-31.01.2009):** Das Innenministerium hat dem Bundestag den zweiten Bericht über die Beschäftigung „Externer Mitarbeiter“ in den Bundesministerien vorgelegt. Der Bericht zeigt, dass sich unser Einsatz gegen diese Praxis gelohnt hat: Zwar gibt es weiterhin von privaten Stellen entsandte Mitarbeiter/innen in den Ministerien. Doch ist ihre Zahl seit Inkrafttreten der Verwaltungsrichtlinie, die die Dauer und Einsatzbereiche einschränkt, zurück gegangen. Insbesondere Unternehmen und Wirtschaftsverbände scheinen das Interesse zu verlieren, seit sie nicht mehr an Gesetzen mitschreiben dürfen. Zugleich haben wir bei unserer Auswertung erneut Unregelmäßigkeiten festgestellt. So sind drei Fälle aus dem ersten Bericht von September 2008 in dem neuen Bericht nicht mehr zu finden, obwohl ihre Mitarbeit im Ministerium laut erstem Bericht im neuen Berichtszeitraum weiter lief. Umgekehrt wird im neuen Bericht ein Mitarbeiter des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt im Gesundheitsministerium gelistet, der schon im August 2008 dort tätig war und demnach im ersten Bericht hätte aufgeführt werden müssen. Unklar bleibt außerdem, ob nicht Schlupflöcher genutzt werden: Von der Regulierung und Berichtspflicht werden befristete Arbeitsverhältnisse und Beratungsverträge nicht erfasst. Mehr Details zu dem Bericht im [LobbyControl-Blog](#).
- Erster Bericht (01.01.2008-31.08.2008):** Der erste Bericht zum Einsatz externer Mitarbeiter in Ministerien und Bundesbehörden der Bundesregierung liegt inzwischen vor. LobbyControl kritisiert, dass der Bericht nicht vollständig ist - was das Innenministerium inzwischen eingeräumt hat. Außerdem zeigt der Bericht, dass die Bundesregierung ihre im Juli in Kraft getretene neue Richtlinie zum Einsatz „externer Mitarbeiter“ nicht strikt umsetzt. In mehreren Fällen arbeiten Unternehmensvertreter weiterhin in Bereichen mit, die unmittelbar die Geschäftsinteressen ihrer Unternehmen betreffen, z.B. BASF im Bereich Anlagensicherheit, die DZ-Bank zu Finanzmarktfragen oder neu die Berliner Wasserbetriebe im Referat "Wasser; Energie; Stadtentwicklung" im Entwicklungsministerium. Mehr in einer [LobbyControl-Kurzanalyse](#). Eine Übersicht über die Fälle finden Sie hier in einer [Überblickstabelle](#).

Übersicht: Lobbyisten in den einzelnen Ministerien

→ zur [Übersichtsseite: Lobbyisten in Ministerien nach Ministerien](#)

→ im [Auswärtigen Amt](#)

→ im [Bundeskanzleramt](#)

→ im [Bundesministerium für Arbeit und Soziales](#)

→ im [Bundesministerium für Bildung und Forschung](#)

→ im [Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend](#)

→ im [Bundesministerium der Finanzen](#)

→ im [Bundesministerium für Gesundheit](#)

→ im [Bundesministerium des Innern](#)

- im Bundesministerium der Justiz
- im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
- im Bundesministerium für Verteidigung
- im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
- im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
- in obersten Bundesbehörden; genauer Einsatzort unbekannt

Übersicht: Lobbyisten in Ministerien nach Branchen

→ zur Übersichtsseite: Lobbyisten in Ministerien nach Branchen

- Chemie und Pharma
- Energie und Wasser
- Finanzen
- Gewerkschaften
- Kommunikation und Elektronik
- Soziales
- Stiftungen & Denkfabriken
- Unternehmensberatung
- Verkehr
- Versicherung
- Weitere Wirtschaftsverbände
- Weitere Dienstleister und Normung
- Sonstiges

Übersicht: Bundesbeamte im Austausch

Im Rahmen des Personalaustauschprogramms gibt es für Bundesbeamten die Möglichkeit in Unternehmen oder Verbänden zu arbeiten. Die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen im Dezember 2006 machte auf vier Fälle aufmerksam, bei denen Bundesbeamte in Unternehmen oder Verbänden arbeiten. Die bisher bekannten Fälle werden auf der folgenden Seite aufgelistet.

→ zur Übersichtsseite: Bundesbeamte im Austauschprogramm

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [[Datei:Hertie_2006_Abschlussbericht.pdf|Hertie School of Governance 2006: Personalaustauschprogramm Öffentliche Verwaltung und private Wirtschaft. Evaluationsbericht (pdf)]]

2. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' – Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien", Drucksache 16/3395, 13.11.2006. Abgerufen am 13. Juli 2011
3. ↑ ^{3,03,1} [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Grünen-Fraktion zu "Mitarbeit von Beschäftigten von Verbänden und Wirtschaftsunternehmen in Bundesministerien und in nachgeordneten Bundesbehörden", Drucksache 16/3727, 04.12.2006. Abgerufen am 13. Juli 2011
4. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zum Thema "Institutionalisierter Lobbyismus", Drucksache 16/5406, 23.05.2007. Abgerufen am 13. Juli 2011
5. ↑ Adamek, Sascha/ Otto, Kim (2008): Der gekaufte Staat. Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben. Köln: Verlag Kiepenheuer & Witsch
6. ↑ siehe das [Protokoll der Sitzung](#) (pdf, TOP 6). Zu der Debatte über ein Lobbyregister gibt es eine [ausführliche Analyse im LobbyControl-Blog](#)
7. ↑ Vgl. Christina Deckwirth: "[Mehr Transparenz bei Leihbeamten. Haushaltsausschuss beschließt: Bundesregierung soll mehr Transparenz für externe Mitarbeiter in Ministerien schaffen](#)", in: LobbyControl.de (03.04.2014)

Mittelstands- und Wirtschaftsunion

Die **Mittelstands- und Wirtschaftsunion** (MIT)

(Bezeichnung bis 2019: Mittelstands- und

Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU) ist eine parteiinterne Vereinigung nach dem Statut der CDU sowie eine Arbeitsgemeinschaft nach der Satzung der CSU. Mitglieder sind laut [Satzung](#) wirtschaftspolitisch interessierte Personen, insbesondere Unternehmer, Handwerker, Gewerbetreibende, Landwirte, Angehörigen der Freien Berufe und der Leitenden Angestellten sowie von verantwortlich Tätigen in Wirtschaft und Verwaltung. Zu den Ständigen Gästen im Bundesvorstand gehört eine Reihe von Geschäftsführer:innen von Verbänden und Interessengruppen. Als Parteivereinigung unterliegt die MIT dem Parteiengesetz und damit u.a. auch Transparenzvorschriften. Als parteiinterne Vereinigung hat die MIT einen Sitz im Parteivorstand, unterliegt aber auch bestimmten Regeln des [Parteistatuts](#). Mindestens die Vorsitzenden der MIT auf allen Ebenen sowie auf Landes- und Bundesebene sämtliche Vorstandsmitglieder müssen Mitglieder der CDU bzw. der CSU sein. Die MIT bekennt sich zu einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mit folgenden Prinzipien: Subsidiarität staatlichen Handelns, Förderung der Eigenverantwortung, weitgehender Verzicht auf staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsleben und Sicherung des Leistungswettbewerbs. Laut ihrem [Grundsatzprogramm](#) ist der Kompass der MIT die Soziale Marktwirtschaft. Die Marktwirtschaft ist danach aus sich heraus sozial; sie bedarf keiner umfassenden Sozialpolitik als „Gegengewicht“ oder „Ausgleich“ (Kapitel 2). Weiterhin wird ein schlanker Staat mit einer Staatsquote von 40 % angestrebt; ein europaweiter einheitlicher Mindestlohn wird abgelehnt.

Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT)

Recht Vereinigung nach dem Statut der CDU
sform /Arbeitsgemeinschaft nach der Satzung der CSU
Tätigk Interessenvertretung der
eitsbe unternehmerischen Wirtschaft
reich gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit
Gründ 1956 bzw. 1995 (Fusion der
ungsd Vorgängerorganisationen)
atum
Haupt Schadowstr. 3, 10117 Berlin
sitz
Lobby
büro
Lobby
büro
EU
Web mit-bund.de
resse

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbyarbeit	17
1.1 Allgemein	17
1.2 Parlamentskreis Mittelstand	18
1.3 Kooperation mit dem BDI	18
1.4 Kommissionen	18
1.5 Klimaschutz	18
1.6 Gegner des Lieferkettengesetzes	19
1.7 Forderungen nach "Belastungsstopp für die Wirtschaft"	20
2 Sonstige Aktivitäten	20
2.1 Konferenz der MIT Dresden und "Tichys Einblick" mit Klimaleugnern als Experten	20
2.2 Rundfunkreform	22
3 Sponsoring	22
3.1 Veranstaltungsformate und Optionen	22
3.2 Beispiel: Bundesmittelstandstag	22
3.3 Einnahmen aus Sponsoring	23
4 Mitglieder	23
5 Bundesmittelstandstag	23
6 Bundesvorstand	23
6.1 Zusammensetzung	23
6.2 Mitglieder	24
7 Präsidium	24
8 Gastmitglieder	24
9 Auslandsverband Belgien	24
10 Finanzen	25
11 Einzelnachweise	25

Lobbyarbeit

Allgemein

Nach § 2 der [Satzung](#) übt die MIT politischen Einfluss aus über die Zusammenarbeit mit Parlamenten, Behörden, Verbänden und sonstigen Institutionen, die Durchführung von Veranstaltungen, die Herausgabe von Publikationen sowie die Information und Förderung der Willensbildung ihrer Mitglieder. Sie strebt eine Repräsentanz in den Parlamenten sowie in den Gremien der CDU und CSU an, die der Bedeutung des Mittelstandes entspricht. Zur Durchsetzung ihrer Politik unterstützt und berät die MIT insbesondere Parlamentarier aus ihren Reihen. Nach eigenen Angaben ist die MIT der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband.^[1] Nach dem Bericht des MIT-Hauptgeschäftsführers beim 14. Bundesmittelstandstags (27./28.09.2019)^[2] ist der Einfluss der MIT auf die Arbeit von Fraktion und CDU in den vergangenen Jahren größer geworden. Beim CDU-Parteitag im Dezember 2018 habe die MIT mehr Anträge durchgesetzt als in den vergangenen zehn Jahren.

Parlamentskreis Mittelstand

Die MIT arbeitet eng mit dem [Parlamentskreis Mittelstand](#) (PKM) zusammen, der für die Belange kleinerer, mittlerer und familiengeführter Unternehmen eintritt. Von den 246 Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion engagieren sich derzeit 161 Abgeordnete im PKM, der laut MIT-Satzung einen Vertreter in den MIT-Bundesvorstand entsendet. Der Geschäftsführer des Parlamentskreises Mittelstand ist Ständiger Gast im MIT-Bundesvorstand. Der MIT-Vorsitzende Linnemann sitzt seinerseits im Vorstand des PKM.^[3] [Marie-Luise Dött](#), Umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ist Co-Vorsitzende der Kommission Energie /Umwelt und Ständiger Gast im Bundesvorstand der MIT und gleichzeitig Stellv. Vorsitzende des PKM.

Kooperation mit dem BDI

Die MIT organisiert gemeinsam mit dem [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI) etwa zweimal im Jahr unter dem Motto „Wirtschaft trifft Politik“ einen vertraulichen Gesprächskreis, bei dem sich Vorstände von Konzernen mit (überwiegend jungen) Politikern von CDU und CSU austauschen.^[4]

Kommissionen

Die politischen Positionen werden in den folgenden Kommissionen erarbeitet:

- [Arbeit/Soziales](#)
- [Digitales](#)
- [Energie/Umwelt](#)
- [Gesundheit/Pflege](#)
- [Landwirtschaft/Ernährung](#)
- [Steuern/Finanzen](#)
- [Verkehr/Bau](#)
- [Wirtschaft/Handwerk/Handel/Tourismus](#).

Klimaschutz

Im Bericht des MIT-Hauptgeschäftsführers beim 14. Bundesmittelstandstags (27./28.09.2019)^[5] wird die Entstehung und Durchsetzung der eigenen Klimaschutzvorschläge beschrieben: „Die Kommission Energie, Umwelt, Bau und Verkehr unter Leitung von Henning Aretz und der CSU-Bundestagsabgeordneten Daniela Ludwig hat in intensivem Austausch mit Experten ein Konzept erarbeitet, das den EU-Emissionsrechtehandel als wirksamstes Mittel für Klimaschutz befürwortet. Es enthält die Forderung, die bislang nicht im Emissionsrechtehandel befindlichen Sektoren Verkehr und Gebäude in den EU-Emissionsrechtehandel einzubeziehen, notfalls auch zunächst nur in Deutschland. Im Gegenzug sollten andere Sektoralesmaßnahmen (ordnungsrechtlich vorgegebene Kraftwerksschließungen, Verbot oder Diskriminierung von Antriebstechniken, Tempolimits, Fahrverbote etc.) abgeschafft bzw. vermieden und finanzielle Belastungen (EEG-Umlage, Stromsteuer etc.) beseitigt bzw. reduziert werden. Es soll zu einer völligen Neuausrichtung der Energie- und Klimapolitik kommen, die deutlich marktwirtschaftlicher ausgerichtet ist. Dieses Konzept hat der Bundesvorstand auf seiner Klausurtagung im März 2019 in Kaiserslautern beschlossen. Die in der CDU bis dahin bereits begonnene Debatte um eine CO₂-Steuer konnte dadurch in eine andere Richtung gelenkt werden. Durch ergänzende Vorstandsbeschlüsse und ein von der MIT in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten, das die europarechtliche Machbarkeit des Vorschlags bestätigt, wurde der MIT-Vorschlag weiter befördert. Der Vorschlag fand und findet immer wieder mediale Resonanz“

Gegner des Lieferkettengesetzes

Deutsches Lieferkettengesetz

Positionierung:

Die MIT positionierte sich 2020 klar gegen ein strenges deutsches Lieferkettengesetz.^[6] Insbesondere wollte die MIT die Zahl der Unternehmen beschränken, für das Lieferkettengesetz gelten sollte. Auch eine tatsächliche zivilgesellschaftliche Haftung bei Verstößen gegen das Gesetz lehnte die MIT ab. Ohne eine solche Haftung wäre das Gesetz aber wirkungslos, wie u.a. die Initiative Lieferkettengesetz kritisierte.^[7] Darüber hinaus resultiere aus dem Gesetz die „Gefahr einer ausufernden Belastung für die durch die Corona-Krise ohnehin schon stark geschwächte Wirtschaft“, so die MIT.^[6] Führende Ökonomen widersprachen dem.^[8] Der Wirtschaftsweiser Achim Truger bemerkte, dass „Eventuelle nachteilige Effekte so klein sein [würden], dass sie quantitativ im statistischen Rauschen untergehen“. ^[9] Der ehemalige Vorsitzende und Ehrenvorsitzender der MIT Hans Michelbach forderte gar die ersatzlose Streichung der Pläne für ein deutsches Lieferkettengesetz.^[10]

Einflussnahme:

Die MIT war maßgeblich an einer konzertierten Briefaktion^[11] des Wirtschaftsflügels der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie von 28 Wirtschaftsverbänden Ende März 2021 beteiligt, in welcher sie die Bundestagsabgeordneten zu einer Abschwächung des deutschen Lieferkettengesetzes aufforderten. Diese Aktion sei *„seitens der MIT im Hintergrund koordiniert“*, wie das MIT dem BMWi in einer Email vom 25. März 2021 mitteilte, die Misereor und dem Global Policy Forum vorliege.^[12] Diese politisch-wirtschaftliche Zusammenarbeit sei laut einem weiteren Bericht von Misereor^[8] nicht überraschend, wenn man sich die „personellen Überschneidungen“ vergegenwärtige. So seien beispielsweise die beiden stellvertretenden Vorsitzenden des Parlamentskreis Mittelstand Hans Michelbach und Marie-Luise Dött beide Mitglieder des Präsidiums des Handelsverband Deutschland (HDE). Auch der HDE war einer der Unterzeichner des Appells und hatte sich bereits an anderer Stelle gegen ein nationales Lieferkettengesetz positioniert.^[13] Die Tagesschau hatte im Juni 2021 berichtet, dass die konzertierte Lobbyarbeit von Verbänden und Teilen der CDU Erfolg gezeigt hätten, die *„Regelungen wurden abgeschwächt“*.³ Ein Artikel von LobbControl (2021) über die engen Verbindungen zwischen Unternehmerverbänden und CDU/CSU beim Lieferkettengesetz findet sich [hier](#).

Europäisches Lieferkettengesetz

In ihrem Bericht „Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten“, berichten Misereor, Brot für die Welt und das Global Policy Forum auch beim europäischen Gesetz von einem *„konzertierten Vorgehen von Lobbyverbänden und dem Wirtschaftsflügel [der CDU]“*.^[8] So hatte sich die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) am 11. März 2021 - vor dem Hintergrund des Gesetzesaufschlags des europäischen Parlaments- in einer Email an das damals von Peter Altmaier (CDU) geführte Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) gewendet. Die Aussage lautete: *„Neben den aktuellen Planungen der Bundesregierung zu einem nationalen Lieferkettengesetz gibt es noch besorgniserregendere Planungen des Europaparlaments für eine EU-weite Regelung.“* Weiter hätte die MIT gewarnt: *„Damit würden die bisherigen ‚Erfolge‘ (BMWi) in den Verhandlungen über das deutsche Gesetz über Bord geworfen.“* Diese erwähnten „Erfolge“ seien laut dem Bericht von MISEOR nichts anderes als *„die Verwässerungen des deutschen*

Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, welche das BMWi mit der Kabinettsmeinung am 3. März 2021 durchgesetzt hatte. „Die MIT appellierte an das BMWi: „Wir müssen alle Anstrengungen verwenden, Schlimmeres zu verhindern“. Der Bericht von Misereor zeigt auch, dass der damalige Wirtschaftsminister Altmaier ein offenes Ohr für die Positionen der Vereinigung hatte: Eine Videokonferenz zur Planung entsprechender Maßnahmen war bereits für die folgende Woche terminiert, für „eine kleine, aber feine und wichtige Runde“, wie es damals von Altmaier hieß. ^[8]

Schattenberichterstatter Axel Voss, MEP

Darüber hinaus hatte die Mittelstands- und Wirtschaftsunion auch in den zuständigen Ausschüssen des europäischen Parlaments Einfluss auf das Gesetz. So saß der EVP-Abgeordnete und zugleich Mitglied der MIT, Axel Voss, als Schattenberichterstatter im zuständigen Justizausschuss. Dieser hatte sich seit Januar 2021 mit 14 verschiedenen Interessenvertretern aus der Wirtschaft (z.B. BDA, DIHK, BPI, BMW) und auch Lobbyagenturen (z.B. B-Connect, welche u.a. die dem Gesetz kritisch gegenüberstehende Chinesische Handelskammer in Deutschland e. V. vertreten ^[14]) getroffen. Mit zivilgesellschaftlichen Organisationen oder Umweltverbänden gab es mit Voss (Stand November 2022) nur ein einziges Treffen. ^[15]

Forderungen nach "Belastungsstopp für die Wirtschaft"

Im März 2022 forderte die MIT angesichts des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine einen "Belastungsstopp für die Wirtschaft" bzw. weitergehend Entlastungen von Unternehmen. ^[16] Kurz vorher hatte die MIT "in Zusammenarbeit mit 25 Wirtschaftsverbänden" eine umfangreiche Forderungsliste veröffentlicht. [Liste mit EU-Regulierungen mit belastenden Auswirkungen auf Wirtschaft und Verbraucher \(DE\)](#) Darin positioniert sich die MIT beispielsweise gegen das europäische Lieferkettengesetz: "Sorgfaltspflichten entlang der gesamten Wertschöpfungskette sind betriebspraktisch nicht darstellbar, schon Sorgfaltspflichten über die erste Zuliefererstufe hinaus sind illusorisch." ^[17] Anders ist die Sicht von über 100 Unternehmen und Investoren auf das EU-Lieferkettengesetz: Ein wirksames Gesetz inkl. Haftungsregeln werde zu Rechtssicherheit und gleichen Wettbewerbsbedingungen beitragen und sicherstellen, dass für alle der gleiche Standard gelte. ^[18]

Sonstige Aktivitäten

Konferenz der MIT Dresden und "Tichys Einblick" mit Klimaleugnern als Experten

Die MIT Dresden lud zu einem Expertenforum von "Tichys Einblick" mit dem Titel „Wie retten wir uns vor der Energiewende?“ ein, das am 10. Oktober 2022 tagte. ^[19] Roland Tichy gilt als einer der hartnäckigsten Klimafaktenleugner. Claudia Roth (Grüne) hatte im Oktober 2019 in einem Interview mit der "Augsburger Allgemeinen" zu Tichys Einblick folgendes geäußert: „Wir müssen die Stichwortgeber benennen, all diese neurechten Plattformen, deren Geschäftsmodell auf Hetze und Falschbehauptungen beruht - von Roland Tichy über Henryk M. Broder bis hin zu eindeutig rechtsradikalen Blogs“. Die Klage Tichys gegen diese Äußerung wies das Landgericht Stuttgart im Februar 2020 zurück. ^[20] Die Süddeutsche Zeitung kommentierte: "Wer in Tichys Einblick liest, dem fällt sehr schnell auf: Auf Präzision wird wenig Wert gelegt, stattdessen dienen - schlampige - Einzelbeobachtungen als Untergrund für pauschalisierende Urteile und zur Pflege von Ressentiments". ^[21]

Die im Folgenden genannten Experten im Podium sind überwiegend Klimaleugner und Gegner der Energiewende, die bei „Tichys Einblick“ aktiv sind, als Interviewgeber und Autoren bei der neurechten „Jungen Freiheit“ mitwirken und bei Veranstaltungen der AfD auftreten:

- André Thess, Inhaber des Lehrstuhls für Energiespeicherung an der Universität Stuttgart, Mitglied von [Nuklearia](#), Erstunterzeichner der „Stuttgarter Erklärung“, in der gefordert wird, den Ausstieg aus der Kernenergie rückgängig zu machen^{[22][23]}
- Michael Beckmann, Lehrstuhlinhaber für Energie- und Speicherverfahrenstechnik an der Technischen Universität Dresden, Unterzeichner der „Stuttgarter Erklärung“, in der gefordert wird, den Ausstieg aus der Kernenergie rückgängig zu machen. Er hält die Energiewende für richtig und wichtig^[24]
- Fritz Vahrenholt, Dipl.-Chemiker, ehem. RWE-Manager, prominenter Leugner des menschengemachten Klimawandels^{[25][26][27]}, Referent beim Klimaleugner-Institut [EIKE](#)^[28], Mitglied des [Academic Advisory Council](#) der [Global Warming Policy Foundation](#), unterzeichnete im Herbst 2019 einen von der niederländischen Klimaleugnerorganisation [Clintel](#) verfassten Erklärung, in der behauptet wird, es gäbe keine Klimakrise.^[29] Im Portal [Kalte Sonne](#) schreibt er eine wöchentliche Kolumne. Vahrenholt ist Autor von [Tichys Einblick](#) sowie Interviewgeber der [Jungen Freiheit](#) und deren JF-TV. und hält Vorträge bei der AfD.^[30] Weiterhin ist er Unterstützer der Anti-Windkraft-Initiative [Vernunftkraft](#)^[31]
- Antje Hermenau, Unternehmensberaterin, ehem. Grünen-Politikerin, Senatsbeauftragte Sachsen des [Bundesverbands mittelständische Wirtschaft](#) (BVMW), vertritt die Meinung, dass der Klimawandel erfunden wurde, damit wir nicht aufbegehren und der Deutsche was zu tun hat.^[32] Sie ist Autorin der [Jungen Freiheit](#) und wirkt bei [TichysTalk](#) und [Tichys Ausblick](#) mit. 2016 trat sie in Döbeln als Gast einer AfD-Veranstaltung auf^[33]
- Frank Hennig, früher in Kohlekraftwerken eines großen Versorgers beschäftigt, ist Experte des Atom-Lobby-Verbands [Kernd](#) sowie Referent bei einer Vielzahl von Veranstaltungen der AfD^{[34][35]}, dessen Veröffentlichungen regelmäßig beim Klimaleugner-Institut [EIKE](#) wiedergegeben werden.^[36] Er schreibt Kolumnen bei [Tichys Einblick](#) und ist Interviewpartner der [Jungen Freiheit](#)
- Jörg Petzold, Geschäftsführender Gesellschafter der Optima Maschinenteile-Fertigungstechnik GmbH
- Werner Patzelt, Politikwissenschaftler, von dem sich die Technische Universität Dresden aufgrund seiner AfD-Nähe und seinem Sympathisieren mit der Pegida-Bewegung 2019 getrennt hat^[37], ist Interview-Partner bei [Tichys Einblick](#) sowie Autor der [Jungen Freiheit](#) und war Moderator der Tagung, auf der die „Stuttgarter Erklärung“ initiiert wurde. Beim [FORUM FREIHEIT 2018](#) der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) (Leitung: Roland Tichy) moderierte Patzelt das Panel „Das deutsche und europäische Immigrationsproblem“ mit Gerd Papke, Vera Lengsfeld und Thilo Sarrazin als Referenten

Die „Sächsische Zeitung“ kommentierte die Konferenz wie folgt: „Wenn man dann die frühere sächsische "Grünen-Ikone" Antje Hermenau hört, die an der Seite von Roland Tichy moderiert - mit spöttischer Bemerkung über einen Unternehmer, der sich als CDU-Mitglied outet ("mein Beileid"), sollte vielleicht die sächsische CDU-Spitze spätestens mal überlegen, warum Veranstaltungen unter ihrer "Fahne" so laufen wie sie zunehmend laufen.“^[38]

Rundfunkreform

Mit Beschluss vom 17. März 2021 hat der MIT-Bundesvorstand ein [Reformkonzept](#) zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk verabschiedet. Ziel sei ein Rundfunk, der sich auf den Kern seiner öffentlichen Aufgabe konzentriert. Die Reformvorschläge sehen u.a. vor:

- Das Informations, Bildungs- und Kulturangebot muß gestärkt und verbessert werden, z. B. durch mehr Korrespondenten im In- und Ausland
- Mit Blick auf die Kosten ist für die Übertragung von Sportereignissen darauf zu achten, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht zu einem Wettbewerb beiträgt, der den Erwerb der Rechte immer teurer macht
- Das Unterhaltungsangebot sollte sich nicht am Wettbewerb mit privaten Anbietern um die höchsten Einschaltquoten orientieren, sondern am öffentlichen Auftrag des beitragsfinanzierten Rundfunks.
- Angestrebt wird die Zusammenlegung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten unter einem Dach, d. h. ARD und ZDF sollen fusionieren. Die künftige Sendeanstalt bietet verschiedene nationale Programme (Voll- und Spartenprogramme) und regionale Fenster an
- Es gibt keinerlei Werbung und Sponsoring
- Es gibt einen niedrigeren Rundfunkbeitrag pro Person, juristische Personen sind befreit

An der Ausarbeitung des Reformkonzepts waren [Carsten Linnemann](#) (MIT-Vorsitzender), Stefan Müller (Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Bundestagsfraktion) und der Wettbewerbsökonom [Justus Haucap](#) beteiligt^[39], der an einer Kampagne zur weitgehenden Privatisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mitgewirkt hat.^[40] Aus seiner Sicht ist ein öffentlich finanzierter Rundfunk nicht zwingend notwendig.^[41] Der maßgebliche Vorstandsbeschluss enthält ein grundsätzliches Bekenntnis zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Sponsoring

Veranstaltungsformate und Optionen

Laut [Sponsoring-Anfrage](#) können folgende Veranstaltungsformate gesponsert werden:

- Parlamentarischer Abend der MIT/Deutscher Mittelstandspreis
- MIT:FUTURA
- Bundesmittelstandstag
- Sonstige Veranstaltungen

Als Sponsoringoptionen werden genannt:

- Aussteller
- Logosponsoring
- Sachsponsoring

Beispiel: Bundesmittelstandstag

Sponsoren und Partner des 14. Bundesmittelstandstags 27./28. 11. 2019 waren u.a.^[42]:

- Arbeitgeberverband Luftverkehr

- Bundesverband der Deutschen Ernährungsindustrie (BDE)
- [Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft \(bdew\)](#)
- Bundesverband der Zigarrenindustrie
- Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften (BVK)
- Bundesverband Paket & Express Logistik (BIEK)
- Das Deutsche Baugewerbe
- [Deutsche Post DHL Group](#)
- [Deutsche Vermögensberatung](#)
- Die Deutsche Automatenwirtschaft
- [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- [Gesamtmetall](#)
- Handelsverband Deutschland (HDE)
- [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#)
- [Konrad-Adenauer-Stiftung](#)
- Philipp Morris GmbH
- [Verband der Privaten Krankenversicherung \(PKV\)](#)
- Reemtsma
- Union Investment
- [Verband der Automobilindustrie](#)

Einnahmen aus Sponsoring

Die Einnahmen aus [Sponsoring](#) sind in den letzten Jahren gestiegen und betrugen 2019 ca. 245 Tsd. Euro.

Mitglieder

Die MIT hat ca. 25.000 Mitglieder, von denen etwa die Hälfte zugleich Mitglied bei CDU oder CSU ist. Das „typische MIT-Mitglied“ ist Unternehmer oder sonstige Führungskraft.^[43]

Bundesmittelstandstag

Das höchste Organ der MIT ist der Bundesmittelstandstag, der aus 450 gewählten stimmberechtigten Delegierten besteht.

Bundesvorstand

Zusammensetzung

Der [Bundesvorstand](#) besteht satzungsgemäß aus den folgenden Mitgliedern:

- a) dem/den Ehrenvorsitzenden
- b) dem Bundesvorsitzenden
- c) den 6 Stellv. Bundesvorsitzenden, von denen einer auf alleinigen Vorschlag der Arge Mittelstands-Union der CSU gewählt wird
- d) einem vom Parlamentskreis Mittelstand der CDU/CSU Bundestagsfraktion (PKM) zu benennenden Vertreter
- e) dem Bundesschatzmeister

- f) dem Hauptgeschäftsführer
- g) dem Mitgliederbeauftragten
- h) 35 weiteren Mitgliedern

Mitglieder

Bundesvorsitzende ist Gitta Connemann, MdB (CDU), Rechtsanwältin, Mitglied im Vorstand des Parlamentskreises Mittelstand und dessen Förderverein, Mitglied des Beirats der [Deutschen Stiftung Eigentum](#). Ihr Vorgänger war [Carsten Linnemann](#).

Stellv. Vorsitzende sind u.a.

- Matthias Heider, Co-Vorsitzende der Kommission Wirtschaft/Handwerk/Handel/Tourismus, Rechtsanwalt, Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU), Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestags, Mitglied im Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Vorsitzender der Parlamentariergruppe USA
- Jana Schimke, Co-Vorsitzende der Kommission Arbeit/Soziales, Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU), Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestags, Stv. Vorsitzende CDU Brandenburg, Vorstandsmitglied im Parlamentskreises Mittelstand, ehem. Mitarbeiterin der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (Abteilung Arbeitsmarktpolitik)
- Ruth Baumann ^[44]
- Sebastian Brehm, MdB CSU ^[45]
- Dorin Müthel-Brennke ^[46]
- Volker Rode ^[47]

Präsidium

Die in der Satzung unter Buchst. a) bis f) genannten Mitglieder des Bundesvorstands sowie 3 weitere Mitglieder, die der Bundesvorstand aus seiner Mitte wählt, bilden das Präsidium.

Gastmitglieder

Gastmitglieder im Präsidium waren [Friedrich Merz](#) und [Jens Spahn](#).

[Ständige Gäste im Bundesvorstand](#) sind u.a.:

- [Markus Ferber](#) Ferber, MdEP (CSU), Stellv. Vorsitzender der Kommission Europa
- Achim Dercks, Stellv. Hauptgeschäftsführer des [Deutscher Industrie- und Handelskammertag](#) (DIHK)
- Oliver Zander, Hauptgeschäftsführer von [Gesamtmittel](#)
- Mathias Hübscher, Geschäftsführer des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Auslandsverband Belgien

Vorsitzender der Brüsseler Zweigstelle ist Stefan Brost. ^[48]

Finanzen

Die MIT finanziert ihre politische Arbeit aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und anderen Einnahmen. Für die Annahme von Spenden gelten die gesetzlichen Bestimmungen und §§ 5 - 8 der Finanz- und Beitragsordnung der CDU. Das Budget lag lt. 14. Bundesmittelstandtag 2018 bei ca. 1,2 Mio. Euro.^[49]

Einzelnachweise

1. ↑ [Unsere Mitglieder](#), mit-bund.de, abgerufen am 13.05.2021
2. ↑ [Wir sind alle Wirtschaft 14. Bundesmittelstandtag 27./28.09.2019](#), mit-bund.de, abgerufen am 14.05.2021
3. ↑ [Carsten Linnemann als MIT-Bundesvorsitzender wiedergewählt](#), cducus.de vom 01.09.2017, abgerufen am 15.05.2021
4. ↑ [Wir sind alle Wirtschaft 14. Bundesmittelstandtag 27./28.09.2019](#), mit-bund.de, abgerufen am 14.05.2021
5. ↑ [Wir sind alle Wirtschaft 14. Bundesmittelstandtag 27./28.09.2019](#), mit-bund.de, abgerufen am 14.05.2021
6. ↑ ^{6,06,1} [UNVERHÄLTNISMÄßIGES LIEFERKETTENGESETZ VERHINDERN](#) mit-bund.de vom 18.09.2020, abgerufen am 23.11.2022
7. ↑ [Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung – Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos](#) lieferkettengesetz.de vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
8. ↑ ^{8,08,18,28,3} [Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten](#) S.6, misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
9. ↑ [Ökonom zu Lieferkettengesetz: „Das ist eine Frage des Anstands“](#) taz.de vom 17.09.2020, abgerufen am 23.11.2022
10. ↑ [CSU-Finanzexperte - "Nadelstiche" gegen Firmen wegen Corona beenden](#) reuters.com vom 13.03.2020, abgerufen am 23.11.2022
11. ↑ [Streit um Lieferkettengesetz eskaliert: Verbände und Unionspolitiker proben den Aufstand](#) handelsblatt.de vom 06.04.2021, abgerufen am 23.11.2022
12. ↑ [Armin Paasch & Karolin Seitz: Deutsche Wirtschaftslobby gegen wirksames EU-Lieferkettengesetz](#), Global Policy Forum & Misereor, February 2022. globalpolicy.org, abgerufen am 07.11.2022
13. ↑ [Lieferkettengesetz auf europäischer Ebene ausgestalten](#) ehv.de vom 17.02.2021, abgerufen am 10.11.2022
14. ↑ [Lobbyregister: B-Connect](#) lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.11.2022
15. ↑ [Transparency](#) europa.eu, n.D., abgerufen am 23.11.2022
16. ↑ [Belastungsstopp jetzt: Unternehmen in der Krise nicht weiter belasten](#), mit-bund.de vom 31.03.2022, abgerufen am 20.05.2022
17. ↑ [Liste mit EU-Regulierungen mit belastenden Auswirkungen auf Wirtschaft und Verbraucher](#) mit-bund.de vom 10.03.2022, abgerufen am 20.05.2022
18. ↑ [Mehr als 100 Unternehmen und Investoren fordern wirksames EU-Sorgfaltspflichtengesetz](#), business-humanrights.org, Unternehmens-Statment als pdf (engl.), abgerufen am 20.05.2022
19. ↑ [Einladung zu Tichys Einblick „Wie retten wir uns vor der Energiewende?“](#), mit-dd.de vom 20.09.2022
20. ↑ [Roland Tichy scheitert mit Klage gegen Claudia Roth](#), zeit.de vom 21.02.2020, abgerufen am 12.10.2022
21. ↑ [Eklat um Preisvergabe](#), sueddeutsche.de vom 16.06.2018, abgerufen am 13.10.2022

22. ↑ [Vorwurf: Zu große Nähe zu Klimaleugnern](#), focus.de vom 29.07.2022, abgerufen am 11.10.2022
23. ↑ [Nuklearia](#), facebook.com , abgerufen am 11.10.2022
24. ↑ [Bizarre Klimakonferenz in Stuttgart](#), kontextwochenzeitung.de vom 13.07.2022, abgerufen am 12.10.2022
25. ↑ [Klimafaktenleugner](#), deutschlandfunk.de vom 11.10.2020, abgerufen am 11.10.2022
26. ↑ [Wie Fritz Vahrenholt den Bundestag für dumm verkaufen wollte](#), scilogs.spektrum.de vom 12.09.2019, abgerufen am 11.10.2022
27. ↑ [Wie redlich ist Vahrenholts Buch „Die kalte Sonne“?](#), klimafakten.de, abgerufen am 14.10.2022
28. ↑ [Fritz Vahrenholt: Warum die deutsche Energiewende verantwortungslos ist](#), eike-klima-energie.eu], abgerufen am 11.10.2022
29. ↑ [Es gibt keinen Klimanotstand](#), clintel.org, abgerufen am 11.10.2022
30. ↑ [AfD Kreisverband Vulkaneifel](#), facebook.com vom 21.10.2020, abgerufen am 12.10.2022
31. ↑ [Menschen](#). vernunftkraft.de, abgerufen am 14.10.2022
32. ↑ [Bizarre Klimakonferenz in Stuttgart](#), kontextwochenzeitung.de vom 13.07.2022, abgerufen am 12.10.2022
33. ↑ [Antje Hermenau am AfD-Stammtisch](#), saechsiche.de vom 16.09.2016, abgerufen am 13.10.2022
34. ↑ [Die Sächsische AfD-Landtagsfraktion informierte über die Energiewende](#), afd-nordsachsen.de, abgerufen am 12.10.2022
35. ↑ [AfD-Fraktion vor Ort: Energiewende - Die Wende ins Ende?](#), afd-mittelsachsen.de, abgerufen am 12.10.2022
36. ↑ [Frank Hennig](#), eike-klima-energie.eu, abgerufen am 12.10.2022
37. ↑ [Dresdner Politikwissenschaftler](#), focus.de vom 19.01.2019, abgerufen am 11.10.2022
38. ↑ [Politik in Sachsen - Die Morgenlage](#), saechsische.de vom 11.10.2022, abgerufen am 13.10.2022
39. ↑ [Für eine umfassende Rundfunkreform Zu groß, zu teuer](#), Mittelstandsmagazin 01/21, mit-bund.de, abgerufen am 21.05.2021
40. ↑ [Eine Liberale Rundfunkordnung für die Zukunft Gutachten im Auftrag von PROMETHEUS September 2015](#), zwangsbeitrag.info., abgerufen am 21.06.2021
41. ↑ [Für eine umfassende Rundfunkreform Zu groß, zu teuer](#), Mittelstandsmagazin 01/21, mit-bund.de, abgerufen am 21.05.2021
42. ↑ [Wir sind alle Wirtschaft 14. Bundesmittelstandstag 27./28.09.2019](#), mit-bund.de, abgerufen am 14.05.2021
43. ↑ [Unsere Mitglieder](#), mit-bund.de, abgerufen am 13.05.2021
44. ↑ [Ruth Baumann](#) mit-bund, abgerufen am 13.02.2024
45. ↑ [Sebastian Brehm](#) mit-bund, abgerufen am 13.02.2024
46. ↑ [D. Müthel-Brennke](#) mit-bund, abgerufen am 13.02.2024
47. ↑ [Volker Rode](#) mit-bund, abgerufen am 13.02.2024
48. ↑ [Dr. Stefan Brost](#), mit-belgien, abgerufen am 23.06.2021
49. ↑ [Wir sind alle Wirtschaft 14. Bundesmittelstandstag 27./28.09.2019](#), mit-bund.de, abgerufen am 14.05.2021

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Die **Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen** ("Strukturgesellschaft") bringt Wirtschaftsverbände, Unternehmen und einzelne Personen mit Abgeordneten und Vertretern der Bundesregierung (insbesondere

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

[[Bild:<datei>|center]]

Parlamentarische Staatssekretäre) in Räumen des Bundestags zusammen und ermöglicht damit die informelle Einflussnahme auf die Gesetzgebung. Sie gilt als ebenso traditionsreiche wie öffentlichkeitsscheue Lobbyorganisation. [1]

Der "Strukturgesellschaft" gehörten im September 2023 21 Bundestagsabgeordnete an, bei denen es sich ganz überwiegend um CDU/CSU-Politiker handelt. Prominente CDU-Mitglieder sind der Parteivorsitzende [Friedrich Merz](#) und [Thomas Bareiß](#), Verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und ehem. Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie. Einflussreiche Mitglieder aus der FDP sind: [Bettina Stark-Watzinger](#), Bundesministerin für Bildung und Forschung, [Michael Theurer](#), Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Verkehr, und [Daniel Föst](#), Wohnungspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion.

[Hartfrid Wolff](#), Abteilungsleiter für strategische Planung und Pressearbeit im Bundesministerium für Digitales und Verkehr ist Mitglied im Vorstand der "Strukturgesellschaft".

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Rech eingetragener Verein

tsfor

m

Tätig Kontaktpflege der Wirtschaftslobby zu

keits Parlamentariern und Parlamentarischen

berel Staatssekretären zur Einflussnahme auf

ch Gesetzesvorhaben

Grün 1959

dung

sdat

um

Haupt Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

tsitz

Lobb

ybür

o

Lobb <text>

ybür

o EU

Web www.strukturgesellschaft.de

adre

sse

Inhaltsverzeichnis

1 Beiräte: Einfallstor für Lobbyisten	27
2 Mangelnde Transparenz	29
3 Organisationsstruktur und Personal	30
3.1 Vorstand	30
3.2 Vorstandsmitglieder vorangegangener Legislaturperioden	31
3.3 Vorsitzende der Beiräte der Strukturgesellschaft	31
3.4 Mitglieder und Förderer	32
4 Weiterführende Informationen	33
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	33
6 Einzelnachweise	33

Beiräte: Einfallstor für Lobbyisten

Die 1959 gegründete Strukturgesellschaft hat sich nach eigenen Angaben dem Anliegen verschrieben, die Politik bei strukturellen Frage- und Problemstellungen zu beraten. Leitbild der Arbeit der Gesellschaft sei der Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft. Ihre Mitglieder und Förderer stünden für eine Wirtschaftsordnung, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und soziale Gerechtigkeit bei einem hohen Maß an individueller Freiheit gewährleiste.

Eine entscheidende Rolle bei der Beeinflussung der Parlamentarier im Sinne der in der Strukturgesellschaft organisierten Verbände und Unternehmen spielen die Beiräte. Sie bilden das Forum, in dem der Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen Politikern (Parlamentarier und Parlamentarische

Staatssekretäre), Vertretern von Wirtschaftsverbänden, Unternehmen und Beratungsgesellschaften sowie diesen nahestehenden Professoren stattfindet. Der privilegierte Zugang zu einflussreichen Bundestagsabgeordneten und Mitgliedern der Bundesregierung vermittelt den beteiligten Wirtschaftskreisen einen immensen strategischen Vorteil bei der Lobbyarbeit. Die Tagungen der Beiräte finden in den Mittagspausen der Sitzungen des Deutschen Bundestages statt. Auf diese Weise ist sichergestellt, dass Mitglieder der Bundesregierung und Bundestagsabgeordnete aller Fraktionen am Meinungsaustausch teilnehmen können. Auf der Tagesordnung stehen sowohl strukturelle Themen der laufenden Gesetzgebung als auch strukturelle Trends, bei denen aus Sicht der Gesellschaft ein Regelungsbedarf absehbar ist.

Geleitet werden die Tagungen von den Beiratsvorsitzenden, bei denen es sich oft um Mitglieder von Bundestagsausschüssen handelt. Die Bundestagsausschüsse machen Gesetzesentwürfe "abstimmungsreif" und können in diesem Zusammenhang Sachverständige zu Anhörungen einladen. Der Beiratsvorsitzende setzt den Sitzungstermin, das Thema sowie die Statementgeber gegenüber der Strukturgesellschaft fest und bucht die Räume im Bundestag.^[2] Die Strukturgesellschaft fragt im Namen des Beiratsvorsitzenden die Statementgeber an und lädt im Namen des Beiratsvorsitzenden weitere Teilnehmer sowie die Mitglieder der Strukturgesellschaft zu den Sitzungen bzw. "Expertengesprächen" ein. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied Westerhoff schrieb an abgeordnetenwatch.de, dass die Gesellschaft die jeweiligen Fraktionssprecher:innen für den Vorsitz eines Beirats gewinnen wollen: „Auf diese Weise kann es gelingen, aus der Fülle der im Bundestag behandelten Themen die wichtigsten herauszufinden.“^[3]

Protokolle der Sitzungen des zweiten Halbjahrs 2021 und 1./2. Halbjahr 2022, in denen nur das Datum, der Sitzungsort, das Thema und das zuständige Beiratsmitglied genannt werden, sind [hier](#) abrufbar. Welche Lobbyisten auf Einladung von Abgeordneten einen Vortrag halten dürfen, wollen die Verantwortlichen nicht sagen.^[4] Dies sei angeblich zu aufwendig. abgeordnetenwatch.de berichtete über eine vertrauliche Tagung des Beirats "Sicherheit und Verteidigung" unter Leitung des Vorsitzenden Reinhard Brandl, MdB (CSU), Mitglied im Verteidigungsausschuss und im Gremium "Sondervermögen Bundeswehr", Anfang Februar 2022, zum Rüstungsprojekt "European Sky Shield".^[5] Für dieses wollen europäische NATO-Mitglieder Waffensysteme zur gemeinsamen Verteidigung ihres Luftraums beschaffen. Als Referenten zu diesem Thema habe Brandl zwei Referenten vorgeschlagen: Christian Mölling von der [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#) und Guido Bandler, Director of Sales des Rüstungsunternehmens MBDA, das Luftverteidigungssysteme herstellt. Brandl habe die Einladung von Bandler wie folgt begründet: "Um beurteilen zu können, ob das von der Regierung vorgeschlagene Konzept überhaupt realisierbar ist, ist ein Austausch mit Experten aus der Industrie unerlässlich. Deshalb wurde in diesem Fall das Unternehmen MBDA zu der Sitzung eingeladen."

Zurzeit verfügt die Strukturgesellschaft über 15 Beiräte mit den Schwerpunkten:

Arbeit und Soziales	Bildung und Forschung	Digitale Agenda	Energie
Europa	Finanzen, Steuern, Geld und Kredit	Gesundheit	Handel und Verbraucherschutz
Medien	Sicherheit und Verteidigung	Umwelt, Natur und Reaktorsicherheit	Verkehr
Welthandel	Wirtschaft und Wirtschaftsrecht	Wissenschaftlicher Beirat	

Mangelnde Transparenz

Auf der Webseite der Strukturgesellschaft gibt es keinerlei Informationen zu den Beiratssitzungen wie Termine, Teilnehmer, Themen, Argumente oder Beschlüsse.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

Vorsitzender	Michael Meister, CDU	• Mitglied des Bundestags • Mitglied im Finanzausschuss des Bundestags • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • 2018-2021 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, davor Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium • Wirtschaftsrat der CDU, ehem. Mitglied des Präsidiums • Institut Finanzen und Steuern, Mitglied des Kuratoriums^[6]
Stellvertreter	Ludolf von Wartenberg, CDU	• 1990-2006 Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Hauptgeschäftsführer • Institut Finanzen und Steuern, Vorsitzender des Kuratoriums
Stellvertreter	Siegmar Mosdorf, SPD	• Lobby- und PR-Agentur Kekst CNC, Partner • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), ehem. Botschafter • Parlamentarischer Staatssekretär a.D.
Stellvertreterin	Marie-Luise Dött, CDU	• ehem. Mitglied des Bundestags • ehem. Umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Schatzmeister	Jochen Homann	• Bundesnetzagentur, ehem. Präsident • Bundesministerium für Wirtschaft, ehem. Beamteter Staatssekretär
Vorstandsmitglied	Ulrich Lange, CSU	• Mitglied des Bundestags • Mitglied im Verkehrsausschuss und im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen des Deutschen Bundestags • Vorsitzender der CSU-Verkehrskommission
Vorstandsmitglied	Alexander Bonde, Bündnis 90/Die Grünen	• Deutsche Bundesstiftung Umwelt, Generalsekretär • ehem. Landesminister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg • Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Abteilungsleiter (Pressearbeit und strategische Planung)

Vorstandsmitgli ed Hartfrid Wolff, [FD P](#) • [KPMG](#), bis 01/2022 Senior Manager, Öffentlicher Sektor^[7]
• [FDP](#), Mitglied im Landesvorstand Baden-Württemberg
• ehem. Mitglied des Bundestags

Vorstandsmitgli ed Rainer Holznagel • [Bund der Steuerzahler](#), Präsident
• [Europäischer Wirtschaftssenat](#), Mitglied des Kuratoriums

Geschäftsführen des Horst-Dieter • Bundeskanzleramt, ehem. Gruppenleiter
Vorstandsmitgli ed Westerhoff • Professor an der Steinbeis Hochschule Berlin

(Stand: September 2023) Quelle: ^[8]

Vorstandsmitglieder vorangegangener Legislaturperioden

- [Friedrich Merz](#), [CDU](#)
- [Christine Scheel](#), [Grüne](#)

Vorsitzende der Beiräte der Strukturgesellschaft

Die Bezeichnung der Beiräte orientiert sich an den Bezeichnungen der Ausschüsse des Deutschen Bundestags (Kurzbezeichnung: Ausschuss).

- Axel Knoerig, MdB, CDU, Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Arbeit und Soziales (**Beirat für Arbeit und Soziales**)
- Katrin Staffler, MdB, CSU, Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (**Beirat für Bildung und Forschung**)
- N.N. (**Beirat für Digitales**)
- Reinhard Houben, MdB, FDP (**Beirat für Energie**)
 - Mitglied im Wirtschaftsausschuss
 - Wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion
- Markus Töns, MdB, SPD, Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (**Beirat für Europa**)
- Matthias Hauer, MdB, CDU, Partner in der Sozietät Esch & Kramer Rechtsanwälte, Obmann und Mitglied im Finanzausschuss (**Beirat für Finanzen, Steuern Geld und Kredit**)
- Georg Kippels, MdB, CDU, Obmann im Unterausschuss Globale Gesundheit und Gesundheitsausschuss, Rechtsanwalt bei Dr. Georg Kippels und Hans-Peter Dresen GbR (**Beirat für Gesundheit**)
- Jan Metzler, MdB, CDU, Mitglied im Wirtschaftsausschuss (**Beirat für Handel und Verbraucherschutz**)
- Marco Wanderwitz, MdB, CDU, Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Kultur und Medien (**Beirat für Medien, Internet und Telekommunikation**)
- Reinhard Brandl, MdB, CSU (**Beirat für Sicherheit und Verteidigung**)
 - Mitglied im Verteidigungsausschuss und im Gremium "Sondervermögen der Bundeswehr"
 - Präsidiumsmitglied im [Förderkreis Deutsches Heer](#)
 - Vizepräsident der [Gesellschaft für Sicherheitspolitik](#)
- Björn Simon, MdB, CDU, Mitglied im Ausschuss für für Umwelt, Naturschutz, Nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (**Beirat für Umwelt, Naturschutz und Nukleare Sicherheit**)

- [Thomas Bareiß](#), MdB, CDU (**Beirat für Verkehr**)
 - Verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 - Vorstandsmitglied des Parlamentskreises Mittelstand
 - ehem. Parlamentarischer Staatssekretär
- Stefan Rouenhoff, MdB, CDU (**Beirat für Welthandel**)
 - Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
 - Vorstandsmitglied der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) (MIT) der Sächsischen Union
- Klaus Wiener, MdB, CDU, Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, ehem. Geschäftsführer des [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#) (**Beirat für Wirtschaft und Wirtschaftsrecht**)
- Daniel Föst, MdB, FDP (**Beirat für Bau, Wohnen und Stadtentwicklung**)
 - Wohnungspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion
 - Obmann und Mitglied im Ausschuss für Bau, Wohnen und Stadtentwicklung

(Stand: 02/2024)

Mitglieder und Förderer

Mitglieder und Förderer sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

- Verbände, z. B.
 - [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI)
 - [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA)
 - [Deutscher Industrie- und Handelskammertag](#) (DIHK)
 - [Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#)
 - [Bundesverband Deutscher Banken](#)
 - [Die Familienunternehmer - ASU](#)
 - [Verband der Automobilindustrie](#)
 - [Zukunft Gas](#)
- Unternehmen, z. B.
 - [Amazon](#)
 - [BASF](#)
 - [Bayer](#)
 - Deutsche Post AG
 - Deutsche Telekom
 - [Google](#)
- Politik, z. B.
 - [Thomas Bareiß](#), CDU, MdB, Verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ehem. Parl. Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
 - [Enak Ferlemann](#), CDU, MdB, ehem. Parl. Staatssekretär im [Bundesverkehrsministerium](#)
 - Daniel Föst, FDP, MdB, Wohnungspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion
 - Anja Karliczek, CDU, MdB, ehem. Bundesministerin für Bildung und Forschung
 - [Michael Meister](#), CDU, MdB, ehem. Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung
 - [Friedrich Merz](#), CDU, MdB, Bundesvorsitzender der CDU
 - Bettina Stark-Watzinger, FDP, MdB, Bundesministerin für Bildung und Forschung
 - Michael Theurer, FDP, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Verkehr

- [Klaus-Peter Willsch](#), CDU, MdB, Mitglied des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Energie, Vorsitzender des [Forum Luft- und Raumfahrt](#)
- Einzelmitglieder, z. B.
 - [Marie-Luise Dött](#)
 - Ulrich Drachsel, Bundesverband Erdgas, Erdöl und Geoenergie
 - [Georg Fahrenschon](#)
 - Melanie Fügner, Freier Verband Deutscher Zahnärzte
 - [Justus Haucap](#)
 - Rainer Holznagel, [Bund der Steuerzahler](#)
 - Anja Käfer-Rohrbach, [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#) (GDV)
 - [Siegmar Mosdorf](#), Partner der Lobby- und PR-Agentur [Kekst CNC](#)
 - Michael Schmitz, [Allianz SE](#)
 - Johann Töpfer, Deutscher Wasserstoff- und Brennstoffzellenverband
 - Kai Wernicke, Haus & Grund

(Stand: September 2023)

Weiterführende Informationen

- [Tanja Röttger: Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), [abgeordnetenwatch.de](#), 08.09.2023
- [Rede von Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble zum Symposium zum 60. Jubiläum der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), 23. Oktober 2019
- [Die Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen \(Strukturgesellschaft\)](#), Veranstaltung zum 50-jährigen Bestehen am 5. März 2009

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Rede von Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble zum Symposium zum 60. Jubiläum der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), 23. Oktober 2019, [Bundestag.de](#), abgerufen am 21.02.2021
2. ↑ [Profil](#), [lobbyregister.de](#), abgerufen am 02.07.2022
3. ↑ [Wie ein diskreter Verein Lobbyisten und Abgeordnete zusammenbringt](#), [abgeordnetenwatch.de](#) vom 08.09.2023, abgerufen am 09.09.2023
4. ↑ [Wie ein diskreter Verein Lobbyisten und Abgeordnete zusammenbringt](#), [abgeordnetenwatch.de](#) vom 08.09.2023, abgerufen am 09.09.2023
5. ↑ [Wie ein diskreter Verein Lobbyisten und Abgeordnete zusammenbringt](#), [abgeordnetenwatch.de](#) vom 08.09.2023, abgerufen am 09.09.2023
6. ↑ [Profil](#), [abgeordnetenwatch.de](#), abgerufen am 04.02.2023
7. ↑ [Profil](#), [kpmg-law.de](#), abgerufen am 02.07.2022
8. ↑ [Der Vorstand](#), [strukturgesellschaft-de](#), abgerufen am 11.09.2023

Institut Finanzen und Steuern

Das **Institut Finanzen und Steuern** (IFST) ist ein von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden gegründeter und gelenkter gemeinnütziger Verein zur Erarbeitung von steuerlichen Initiativen, die weitgehend den Interessen der Wirtschaft entsprechen. Mit Schriften und über Veranstaltungen hat das Institut nach eigenen Angaben die Finanz- und Steuerpolitik der Bundesrepublik sichtbar mitgestaltet und begleitet.^[1] Mit den Schriften werden gezielt Brennpunkte der aktuellen Steuer- wie auch Finanzpolitik adressiert. Das Institut hat seit geraumer Zeit keine eigenen Wissenschaftlichen Mitarbeiter mehr.

Mitglieder des Vereins, des Vorstands und des Kuratoriums sind nicht nur Vertreter von Unternehmen und Verbänden ([Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI) und [Deutscher Industrie- und Handelskammertag](#) (DIHK)), sondern auch Vertreter der Finanzverwaltung, Finanzrichter sowie Parlamentarier, mit denen auf diesem Wege der "Meinungsaustausch" institutionalisiert wird. Ein großer Teil der Akteure hat Verbindungen zum Wirtschaftsflügel der [CDU](#). Die Vorschläge des Instituts werden von externen Fachleuten in Arbeitsgruppen oder Gesprächskreisen erarbeitet, in den Publikationen des Instituts veröffentlicht und in Kolloquien mit Abgeordneten, Professoren und Finanzbeamten schon im Vorfeld des parlamentarischen Gesetzgebungsverfahrens erörtert. Diese informellen Einflussmöglichkeiten auf die die eigenen Interessen berührende Gesetzgebung sind anderen gesellschaftlichen Gruppen verwehrt. Sie sind in einer parlamentarischen Demokratie eigentlich auch gar nicht vorgesehen.

Besonders problematisch erscheint, dass Mellinghoff als Vorsitzender des Bundesfinanzhofs (BFH), des Obersten Gerichtshofs des Bundes für Steuern und Zölle, Vorstandsmitglied des lobbynahen Instituts Finanzen und Steuern war. Diese Verbindung kann bei einem dem Allgemeinwohl verpflichteten Richter zu Interessenkonflikten führen. Auf der Webseite des Bundesfinanzhofs wurde diese Mitgliedschaft nicht erwähnt (Stand: 28.02.2019).^[2] Nach seinem Ausscheiden aus dem BFH im Juli 2020 wurde er im Mai 2021 Wissenschaftlicher Direktor des Vereins.

Institut Finanzen und Steuern

Rechtsform eingetragener Verein

Tätigkeitsbereich Erarbeitung von Initiativen auf dem Gebiet der Wirtschaftsgesetzgebung

Gründungsdatum 1949

Hauptsitz Marienstr. 31, 10117 Berlin

Lobbybüro

Lobbybüro EU

Webadresse ifst.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategie und Einfluss	35
1.1 Aktivitäten	35
1.2 Gesponserte Veranstaltungen	35
1.3 Einflusstheorie durch vermeintlich neutrale Ausrichtung	36
2 Fallstudien und Kritik	36
2.1 Attac-Verfahren	36
2.2 Reformvorschlag für ein neues Konzernsteuerrecht	36
3 Mangelnde Transparenz	37
4 Organisationsstruktur und Personal	37
4.1 Vorstand	38
4.2 Geschäftsführerin	38

4.3 Kuratorium	38
4.4 Mitglieder	40
5 Geschichte	40
6 Weiterführende Informationen	40
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	40
8 Einzelnachweise	40

Lobbystrategie und Einfluss

Aktivitäten

Zweck des Instituts ist satzungsgemäß die Förderung von Wissenschaft und Forschung auf dem Gebiet des Steuerwesens. Verwirklicht wird dies zunächst insbesondere dadurch, dass das Institut

- auf dem Gebiet des Finanz- und Steuerwesens Material sammelt und Analysen durchführt, die der Gesetzgebung, Verwaltungspraxis und Rechtsprechung als wissenschaftliche Grundlage dienen können
- sich zum öffentlichen Finanzgebaren äußert, insbesondere zur Haushaltspolitik des Bundes, der Länder und der Gemeinden
- zu steuerrechtlichen Streitfragen Stellung nimmt.

Das Institut präsentiert Reformvorschläge, die von wirtschaftsnahen Wissenschaftlern als Gutachten erarbeitet und in den IFSt-Schriftenreihen veröffentlicht werden. Der Schwerpunkt liegt dabei im Unternehmenssteuerrecht. Medienkooperationspartner ist DER BETRIEB. Im Zusammenhang mit den Berliner Steuergesprächen werden IFSt-Kolloquien als Diskussionskreise zwischen Politik, Wissenschaft und Wirtschaft etabliert. Ziel ist ein Meinungsaustausch zwischen Finanzverwaltung, Rechtsprechung, parlamentarischen Vertretern und der Wirtschaft zu ausgesuchten Praxisproblemen des geltenden Rechts sowie die Erarbeitung von Lösungswegen und Analyse gesetzgeberischen Korrekturbedarfs mit Blick auf politische Umsetzbarkeit. (Quelle: Website des Instituts, abgerufen am 30. Juni 2012). Die Einbindung von Vertretern des Bundesfinanzministeriums, Politikern, Parlamentariern und Finanzrichtern in die Aktivitäten des wirtschaftsnahen Instituts verschafft der Wirtschaftslobby die Möglichkeit, die Steuergesetzgebung und Steuerrechtsprechung laufend in ihrem Sinne zu beeinflussen. Auch die persönliche Nähe, die über die Mitarbeit in gemeinsamen Gremien (Vorstand, Kuratorium) und regelmäßige Fachdiskussionen auf den IFSt-Kolloquien entsteht, erleichtert es den beteiligten Verbänden und Unternehmen, ihre interessengeleiteten Reformvorschläge wichtigen Entscheidungsträgern als dem Allgemeinwohl dienend zu präsentieren. Organisationen und Personen, die die Steuerpolitik als zu wirtschaftsfreundlich oder zu wenig sozial kritisieren, sind in den Gremien nicht vertreten. Sie haben deshalb auch keine vergleichbaren Möglichkeiten, die Ausgestaltung der Steuergesetzgebung zu beeinflussen.

Gesponserte Veranstaltungen

Das IFST-Webseminar „Steuerliche Folgewirkungen des Russland-Ukraine-Kriegs (II)“ vom 03.11.2022 wurde vom [Verband der Chemischen Industrie](#) (VCI) gesponsert.^[3] Referentin war Christiane Kellermann, Senior-Referentin Bereich Volkswirtschaft beim VCI. Auch die Tagung „Chancen guter Gesetzgebung in einer komplexen Welt“ vom 21. und 22. November 2018 ist vom VCI unterstützt worden.^[4]

Einflusssteigerung durch vermeintlich neutrale Ausrichtung

Im wirtschaftsnahen IFST spielen der [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI) und seine Mitgliedsunternehmen, die in der Mitgliederversammlung und den Gremien stark vertreten sind, eine herausragende Rolle. In einem Flyer des BDI zu "Organisation.Ziele.Struktur" wird deshalb unter "Der BDI im globalen Netzwerk" beim Thema "Wissenschaft" neben dem [Institut der deutschen Wirtschaft](#) der deutschen Wirtschaft auch das IFST angeführt.^{[5][6]} Der Verein selbst stellt sich dagegen erfolgreich als wissenschaftlich und politisch neutral dar und erweckt dadurch den Anschein einer halb-amtlichen Tätigkeit, was ihm zusätzliche Möglichkeiten verschafft, die Steuergesetzgebung im Sinne der Mitgliedsunternehmen /Verbände zu beeinflussen.^[7] Auf der Webseite des Vereins wird hervorgehoben, dass das Institut in seiner Funktion der „wissenschaftlich ausgewogenen Institution“ auch auf Einladung des Deutschen Bundestages an den Anhörungen des Finanzausschusses teilnehme.^[8] So wurde das IFST zur öffentlichen Anhörung im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages zum Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/514 des Rates vom 22. März 2021 zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung und zur Modernisierung des Steuerverfahrensrechts“ (BT-Drucksache 20/3436) am 12. Oktober 2022 eingeladen.^[9]

Das IFST-Kolloquium „Lebenszyklus Immobilie: Brennpunkte der Immobilienbesteuerung“ fand am 6. März 2017 sogar im Bundesministerium der Finanzen statt.^[10] Eröffnet wurde die Veranstaltung vom damaligen Parlamentarischen Staatssekretär Michael Meister, MdB (CDU), Kuratoriumsmitglied des IFST und Lobbyist (Vorsitzender der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#) und Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#)). Zu den Referent gehörten u.a. die folgenden Interessenvertreter: Steuerberater Thomas Wagner, Associate Partner und Leiter der "Industriegruppe Immobilien" bei der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Warth & Klein (2022 umbenannt in Grant Thornton); Rechtsanwalt /Steuerberater Roland Franke, Abteilungsleiter "Finanzmarktregulierung und Steuern" beim Zentralen Immobilien Ausschuss [ZIA](#), bis 2014 Referent "Internationales Steuerrecht" beim [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI), seit 2018 Leiter des Bereichs „Steuer- und Finanzpolitik“ der [Stiftung Familienunternehmen](#).

Auch die nicht hinterfragte Dauerpräsenz von ranghohen Vertretern des Bundesfinanzministeriums und Finanzrichtern in den Leitungsgremien des Vereins verstärkt den Anschein von Neutralität und Überparteilichkeit zusätzlich.

Fallstudien und Kritik

Attac-Verfahren

Das Vorstandsmitglied Rolf Möhlenbrock, Leiter der Steuerabteilung im [Bundesministerium der Finanzen](#), hat das Schreiben, in dem das Bundesfinanzministerium seinen Beitritt zum Attac-Verfahren beim Bundesfinanzhof (BFH) begründete, verfasst.^{[11][12]} Laut Attac-Rundbrief argumentierte Möhlenbrock (damals noch Unterabteilungsleiter), Attac sei zu politisch engagiert, um als gemeinnützig gelten zu können. Ähnlich habe dessen Vorstandskollege und BFH-Präsident Mellinghoff dann das Urteil gegen Attac im Februar 2019 begründet: Zur Gemeinnützigkeit gehöre "nicht die allgemeine politische Betätigung auf allen möglichen Feldern". Attac habe diesen Rahmen überschritten.

Reformvorschlag für ein neues Konzernsteuerrecht

Einer "Prüfbitte" des Koalitionsvertrages von CDU/CSU und FDP nachkommend hat das Institut am 22. Juni 2011 einen Reformvorschlag für ein neues Konzernsteuerrecht vorgelegt, der anlässlich der IFSt-Jahrestagung 2011 diskutiert wurde. Den Vorschlag hatte eine Arbeitsgruppe unter dem Dach des Instituts entwickelt. Die Leitung der Arbeitsgruppe hatte die Institutsdirektorin [Johanna Hey](#). An diesem Beispiel wird deutlich, dass Regierung und Parlament die Grundrichtung neuer Wirtschaftsgesetze oft nicht mehr selbst vorgeben. Anstatt eigene Konzepte zu entwickeln und den Sachverstand betroffener Gruppen ausschließlich zu den üblichen parlamentarischen Bedingungen (z. B. durch Stellungnahmen in den zuständigen Bundestagsausschüssen) einzuholen, überlässt man es den betroffenen Wirtschaftskreisen, Gesetzesentwürfe in ihren eigenen Gremien zu erstellen. Dies kommt einer Selbstentmachtung des Parlaments gleich. Statt der Parlamentarier entscheiden nun Organisationen der Wirtschaft darüber, welche Personen und Gruppen an den ersten Konzepten mitwirken. Das Parlament wird dadurch vom Koch zum Kellner degradiert.^[13]

Mangelnde Transparenz

Auf der Webseite des Instituts sind weder die Mitglieder (Unternehmen, Verbände und Personen) noch die Mitglieder des Kuratoriums abrufbar. Erwähnt werden nur der Vorsitzende des Gesamt-Kuratoriums (Ludolf v. Wartenberg) und der Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses des Kuratoriums (RA Bernd Jonas). Zur Finanzierung gibt es so gut wie keine Angaben. Von Interesse wären z.B. die Höhe des Budgets, die Gesamthöhe der Mitgliedsbeiträge und Spenden sowie die Verteilung auf Mitgliedsunternehmen, Mitgliedsverbände und Mitgliedspersonen. In § 5 der Satzung wird nichtssagend festgestellt: „Die Höhe des jährlichen Mitgliedsbeitrages der ordentlichen und fördernden Mitglieder wird im Einzelfall mit dem Vorstand des Instituts vereinbart“.

Auch die Höhe der angemessenen Vergütung der Vorstandsmitglieder nach § 7 der Satzung wird nicht genannt, was zumindest bei den Vorstandsmitgliedern Mellinghoff (bis 07/2020 Präsident des Bundesfinanzhofs) und Möhlenbrock (Leiter der Steuerabteilung im Bundesfinanzministeriums) von Interesse ist bzw. war. Auf die Gefährdung der Unabhängigkeit von Richtern durch hohe Nebeneinkünfte hat der Finanzexperte der Grünen, Gerhard Schick, im Dezember 2018 hingewiesen.^[14] Demnach soll eine Richterin bzw. ein Richter am Bundesfinanzhof im Jahr 2017 die höchsten Nebeneinkünfte aller Richter gehabt haben: 169.979 Euro. Der Name der Richterin/des Richters wurde nicht bekannt gegeben. Die Richter des Bundesverfassungsgerichts haben sich Ende 2017 eine Art Ethik-Code auferlegt, der auch Nebeneinkünfte betrifft, und seit 2018 gilt. In Ziffer 9 heißt es: „Die Richterinnen und Richter des Bundesverfassungsgerichts können für Vorträge, für die Mitwirkung an Veranstaltungen und für Publikationen eine Vergütung nur und nur insoweit entgegennehmen, als dies das Ansehen des Gerichts nicht beeinträchtigen und keine Zweifel an der Unabhängigkeit, Unparteilichkeit, Neutralität und Integrität seiner Mitglieder begründen kann. Dadurch erzielte Einkünfte legen sie offen.“^{[15][16]} Mellinghoff hatte dagegen auf der Webseite des Bundesfinanzhofs noch nicht einmal seine Mitgliedschaft im Vorstand des Instituts erwähnt.

Organisationsstruktur und Personal

Die Befugnisse des Vorstands, des Kuratoriums und der Mitgliederversammlung werden in der [Satzung](#) geregelt.

Vorstand

Der Vorstand wird vom Kuratorium gewählt, dessen Vorsitzender der Lobbyist und Ex-CDU-Politiker Ludolf von Wartenberg (ehem. Hauptgeschäftsführer und Präsidiumsmitglied des [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI) und Stellv. Vorsitzender der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)) ist. Auch der Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses des Kuratoriums ist im BDI verwurzelt. Nach § 7 der Satzung erhalten die Vorstandsmitglieder eine angemessene Vergütung, die den Leistungen für das Institut entspricht.

Mitglieder des Vorstands sind:

- Rudolf Mellinghoff (seit 2021 Wissenschaftlicher Direktor, 2011-2021 Vorstandsmitglied)), Mitglied der CDU^[17], 1. Vorsitzender der "Berliner Steuergespräche", 2011-2020 Präsident des Bundesfinanzhofs
- Berthold Welling (Geschäftsführendes Vorstandsmitglied), Abteilungsleiter "Recht und Steuern, Nachhaltigkeit" beim [Verband der Chemischen Industrie](#) (VCI), Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der "Berliner Steuergespräche", Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Gesetzgebung, Vorstandsmitglied und Generalsekretär der Deutschen Vereinigung für Internationales Steuerrecht (IFA), bis 2017 Leiter der Steuerabteilung des [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI)
- Johanna Hey, Direktorin des Instituts für Steuerrecht und Prorektorin für Internationales an der Universität Köln, Mitglied des Beirats der "Berliner Steuergespräche", Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesfinanzministerium, Mitglied der Lenkungsgruppe der "Kommission Steuergesetzbuch" der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#) Gründungsmitglied der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM)
- Rolf Möhlenbrock, Ministerialdirektor, Leiter der Steuerabteilung beim Bundesministerium der Finanzen, 2. Vorsitzender der "Berliner Steuergespräche"
- Rainer Kambeck, Bereichsleiter "Wirtschafts- und Finanzpolitik, Mittelstand" beim [Deutscher Industrie- und Handelskammertag](#), Mitglied im "Arbeitskreis Finanzwissenschaft" beim Bundesministerium der Finanzen
- Monika Wünnemann, Abteilungsleiterin "Steuern und Finanzpolitik" beim [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI), Mitglied des Steuerausschusses der International Chamber of Commerce, Vorstandsmitglied der Deutschen Vereinigung für Internationales Steuerrecht (IFA)

(Stand: 12/2022)

Geschäftsführerin

Geschäftsführerin ist Eva Greil, zuvor Referentin beim [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI)^[18]

Kuratorium

Das Kuratorium wählt, unterstützt und berät den Vorstand. Es bestimmt ein geschäftsführendes Mitglied als Direktor(in) des Instituts und eine(n) Vertreter(in). Das Kuratorium besteht aus höchstens 50 Mitgliedern, von denen 25 von der Mitgliederversammlung gewählt werden. Das Kuratorium kann weitere 25 Mitglieder dazu wählen. Mindestens ein Drittel der Mitglieder des Kuratoriums ist den fördernden Mitgliedern des

Instituts zu entnehmen. 2022 bestand das Kuratorium aus 32 Personen, insbesondere aus den Mitgliedsunternehmen.^[19] Weiterhin gehören oder gehörten dem Kuratorium zahlreiche Mitglieder des Deutschen Bundestages, Vorsitzende des Finanzausschusses, die steuer- und finanzpolitischen Sprecher der Fraktionen, Professoren und Personen aus der Finanzverwaltung an. Auf der Webseite des Instituts werden nur der Kuratoriumsvorsitzende und der Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses des Kuratoriums namentlich genannt.

Vorsitzender des Gesamt-Kuratoriums ist Ludolf von Wartenberg, ehem. Hauptgeschäftsführer und Präsidiumsmitglied des [Bundesverband der Deutschen Industrie](#), MdB (CDU) und Staatssekretär a.D., Stellv. Vorsitzender der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), Vorsitzender der Hanns Martin Schleyer Stiftung (Gründer: BDI und BDA), Vorsitzender des Aufsichtsrats der DF Deutschen Forfait AG, Beiratsmitglied der [Thelen Consult](#)

Vorsitzender des geschäftsführenden Ausschusses des Kuratoriums ist Rechtsanwalt Bernd Jonas. Frühere Tätigkeiten: Generalbevollmächtigter der ThyssenKrupp AG, Mitglied der "Kommission Steuergesetzbuch" der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Vorsitzender des Steuerausschusses des [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI)^[20]

Mitglied des Kuratoriums ist [Michael Meister](#), MdB (CDU), Mitglied des Finanzausschusses, Vorsitzender der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#) und Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#). Frühere Positionen: Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Parlamentarischer Staatssekretär beim [Bundesminister der Finanzen](#), Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#)^{[21][22]}

An einer Diskussion im Rahmen der Kuratoriumssitzung, die am 22. November 2022 stattfand, nahmen u.a. teil: Katharina Beck, MdB (Die Grünen), Finanzpolitische Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion, Till Mansmann, MdB (FDP), Mitglied im Finanzausschuss, Frauke Heiligenstadt, MdB (SPD), Mitglied im Finanzausschuss, Sebastian Brehm, MdB (CSU), finanz- und haushaltspolitischer Sprecher der CSU im Deutschen Bundestag, Mitglied im Finanzausschuss und Co-Vorsitzender der Steuer- und Finanzkommission der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) Deutschland, Jörg Rocholl, Präsident der Internationalen Wirtschaftshochschule ESMT Berlin und Christian Waldhoff, Professor für Öffentliches Recht und Finanzrecht und Beiratsmitglied der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)^[23]

Zu den ehemaligen Mitgliedern des Kuratoriums gehören

- Ralph Brinkhaus, Selbständiger Steuerberater in Gütersloh, MdB (CDU), ehem. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ehem. Stellv. Fraktionsvorsitzender mit Zuständigkeit für die Bereiche Finanzen, Haushalt und Kommunales^[24] (Mitglied bis 04.06.2019)
- Carl-Ludwig Thiele, FDP-Finanzexperte und ehem. Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank^[25]
- Ingrid Arndt-Brauer, MdB (SPD) bis 2021, ehem. Mitglied des Finanzausschusses des Deutschen Bundestags^[26] (Mitglied bis 2021)
- Lisa Paus, MdB (Die Grünen), Bundesfamilienministerin, bis 2021 Sprecherin für Finanzpolitik^[27] (Mitglied bis 04/2022)

Ehemalige Kuratoriumsvorsitzende sind

- Heinz-Gerd Stein (Vorstand Thyssen Krupp AG)
- Joachim Funk (Vorstandsvorsitz Mannesmann)
- Joachim Zahn (Vorstandsvorsitz Daimler-Benz AG)
- Ernst Schneider (Präsident des [Deutscher Industrie- und Handelskammertag](#) (DIHK))

- Christian Kuhleemann, MdB

(Quelle: Webseite des Instituts, abgerufen am 29. April 2016)

Mitglieder

Der Verein hat ordentliche und fördernde Mitglieder, die nur natürliche Personen und Unternehmen jeder Rechtsform sein können. Nur die ordentlichen Mitglieder sind in der Mitgliederversammlung stimmberechtigt. Weder die Zahl noch die Namen der Mitglieder werden bekanntgegeben. Nach einer Publikation aus dem Jahr 2018 sind im IFST fast 150 Institutionen und Einzelpersonen organisiert, darunter der [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI), 40 Industrie- und Handelskammern und 18 Dax- und 9 MDax-Konzerne.^[28] Laut [Lobbyregister](#) sind auch die folgenden weiteren Institutionen Mitglied: [Verband der Chemischen Industrie](#), [Ernst & Young](#), Zentralverband des Deutschen Handwerks, Steuerverband im Lande Bremen, Aurubis AG, Wintershall DEA, Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen, [Verband der Automobilindustrie](#) und Familienbetriebe Land und Forst. Zu den weiteren Mitgliedern gehören Politiker mit Zuständigkeit für finanz- und steuerpolitische Fragen sowie leitende Mitarbeiter der Finanzverwaltung.

Geschichte

Das 1949 gegründete Institut geht auf eine Initiative der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern des Vereinigten Wirtschaftsgebiets im Jahr 1948 zurück. Es sollte auf dem Gebiet des Finanz- und Steuerwesens Material sammeln, zur gesetzgeberischen Verwertung wissenschaftlich verarbeiten und den interessierten Kreisen in Parlament und Wirtschaft laufend zur Verfügung stellen. Auch die Prüfung der öffentlichen Haushalte der Länder und Gemeinden sollte als vordringliche Aufgabe in den Arbeitsbereich des Instituts aufgenommen werden.

Im Juni 2010 gab es einen "Neustart". Ziel der Institutstätigkeit sei es jetzt, den Dialog zwischen Finanzverwaltung, Politik und Wirtschaft wissenschaftlich zu unterstützen und einen Beitrag zur Lösung aktueller Probleme des Finanz- und Steuerwesens zu leisten. Das Institut verlagerte seinen Sitz von Bonn nach Berlin, um Wissenschaft und Politik so näher zusammen zu bringen. Aktuelle Probleme sollen in den Publikationen und Kolloquien schnell aufgegriffen werden. Außerdem übernahm [Johanna Hey](#) die Leitung des Instituts.

Weiterführende Informationen

[Lobbyismus in Justiz und Rechtswissenschaften, Finanzwende, Januar 2022](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Schriften](#), ifst.de, abgerufen am 01.03.2019
2. ↑ [Präsident](#), bundesfinanzhof.de, abgerufen am 28.02.2019

3. ↑ [Veranstaltungen](#), ifst.de, abgerufen am 02.12.2022
4. ↑ [Einladung zur Tagung](#), vci.de, abgerufen am 03.12.2022
5. ↑ [Flyer](#), bdi.eu., abgerufen am 03.12.2022
6. ↑ [Flyer](#), web.archive.org, abgerufen am 03.12.2022
7. ↑ [Jörg Poppelbaum: Johnna Hey, JUVE Steuermarkt, Februar 2018](#), steuerrecht.uni-koeln.de, abgerufen am 28.11.2022
8. ↑ [Das Institut](#), ifst.de, abgerufen am 22.11.2022
9. ↑ [Sonstiges](#), ifst.de, abgerufen am 02.12.2022
10. ↑ [Lebenszyklus Immobilie](#), cdn.wesite-editor.net, abgerufen am 23.11.2022
11. ↑ [Gericht und Ministerium - Hand in Hand gegen die Gemeinnützigkeit von Attac?](#), Attac-Rundbrief 02 /2019, S. 05
12. ↑ [„Vetternwirtschaft“ im Attac-Prozess?](#), taz.de vom 17.05.2019, abgerufen am 05.02.2021
13. ↑ [22.6.2011: Institut Finanzen und Steuern legt Reformvorschlag für ein neues Konzernsteuerrecht vor](#), Website ifst, abgerufen am 27. Juni 2012
14. ↑ [Richter haben Nebeneinkünfte von bis zu 170.000 Euro](#), epochtimes.de vom 16.12.2018
15. ↑ [Karlsruher Richter legen Nebeneinkünfte offen](#), lto.de vom 15.02.2019, abgerufen am 03.03.2019
16. ↑ [Einkünfte der Richterinnen und Richter des Bundesverfassungsgerichts](#), bundesverfassungsgericht.de, abgerufen am 03.03.2019
17. ↑ [Ein Schüler Paul Kirchhofs krönt seine Karriere](#), badische-zeitung.de, 20.06.2011, abgerufen am 10.08.2016
18. ↑ [Neue Geschäftsführerin kommt vom BDI](#), juve-steuermarkt.de vom 06.11.2020, abgerufen am 22.11.2022
19. ↑ [Das Institut](#), ifst.de, abgerufen am 29.11.2022
20. ↑ [Lebenslauf](#), siltronic.com, abgerufen am 01.12.2022
21. ↑ [Lebenslauf](#), meister-schafft.de, abgerufen am 04.02.2021
22. ↑ [Profil](#), abgeordnetenwatch.de, abgerufen am 04.02.2023
23. ↑ [Als Panelistin bei der Kuratoriumssitzung des IFST](#), katharina-beck.de vom 22.11.2022, abgerufen am 30.11.2022
24. ↑ [Arbeitsschwerpunkte](#), ralph-brinkhaus.de, abgerufen am 04.02.2021
25. ↑ [Profil](#), de.linkfang.org, abgerufen am 04.02.2021
26. ↑ [Biografie](#), bundestag.de, abgerufen am 05.02.2021
27. ↑ [Profil](#), bundestag.de, abgerufen am 29.11.2022
28. ↑ [Jörg Poppelbaum: Johnna Hey, JUVE Steuermarkt, Februar 2018](#), steuerrecht.uni-koeln.de, abgerufen am 28.11.2022